Sozial – alternativ – solidarisch

Kommunalwahlprogramm DIE LINKE. Main-Kinzig 2021

INHALTSVERZEICHNIS Hauptteil

	Seite
1. Armut bekämpfen, nicht die Armen	***12***
2. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen	***15***
3. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken	***16***
4. Zukunft für Kinder und Jugendliche	***20***
5. Bildung für alle	***21***
6. Kulturelle Teilhabe für alle	***22***
7. Sport ist mehr als „Leistung, Leistung, Leistung“	***23***
8. Verkehr sozial und ökologisch steuern	***24***
9. Gesundheit und Erholung für alle	***28***
10. Wohnen ist Menschenrecht	***29***
11. Mehr Beteiligung – mehr Mitentscheidung – mehr Demokratie	***30***
12. Lebenswerte Umwelt für alle	***30***
13. Kommunalpolitik ist auch Friedenspolitik	***33***
14. Frauenrechte sind Menschenrechte	***34***
15. Gegen Rechtsextremismus und Rassismus	***36***
16. Migrations- und Flüchtlingspolitik	***37***
17. Reiseziel Main-Kinzig-Kreis: Touristische Potenziale besser nutzen	***38***
18. Für eine realistische und humane Drogenpolitik im Kreis	***38***

Redaktion: Thomas Maurer

DIE LINKE. Main-Kinzig, Kreisvorstand, Martin-Luther-King-Str. 2a, 63452 Hanau, 06181-983200, info@dielinke-mkk.de

1. Armut bekämpfen, nicht die Armen

Das soziale Netz wurde in den vergangenen Jahren bundesweit immer weiter durchlöchert. DIE LINKE entstand auch im Widerstand gegen diese Politik und fühlt sich diesem Ursprung verpflichtet. Menschenwürde, Selbstbestimmung und Solidarität sind für uns Schlüsselbegriffe sozialer Politik.

Soziale Gerechtigkeit vor Ort

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden, aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Für DIE LINKE Main-Kinzig bleibt es dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der Kommune, etwa im Bereich der Jobcenter, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten.

Deshalb fordert DIE LINKE. Main-Kinzig

● die kreisweite Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von den Kindergärten über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt.

● Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen, wie z. B. bei Einschulungen gewährt werden. Zudem sollen alle kreiseigenen Versorgungsbetriebe eine soziale Preisgestaltung einführen.

● Unser Landkreis als Arbeitgeber muss mit einer an den Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierten Beschäftigungspolitik tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die den Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in prekäre Beschäftigung verhindern. Hierzu ist eine aktive und einfallsreiche wirtschaftliche Betätigung des Kreises erforderlich und geboten. Versuche von Städten und Kommunen, mit einem Dumpingwettbewerb scheinbar kapitalkräftige Firmen auf die eigene Gemarkung zu locken und damit andere Kommunen zu schädigen, lehnen wir ab.

● Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die heimische Wirtschaft stärken, sondern auch dafür sorgen, dass nur Anbieter zum Zuge kommen, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten

● Der Kreis muss die Kommunen unterstützen bei der Gewährleistung einer intensiven sozialen Betreuung, mehr Jugendsozialarbeit und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen. Auch die gemeinnützige soziale und kulturelle Arbeit von Einrichtungen und Vereinen bereichern in den Städten und Gemeinden das gemeinsame Miteinander und müssen weiter ausreichend finanziell unterstützt werden.

● LINKE Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden sich zudem dafür einsetzen, dass sich ihre Regionen nachdrücklich Gehör verschaffen, um eine wohnortnahe und qualitativ gute medizinische Versorgung zu sichern. Rückgrat einer solchen medizinischen Versorgung sind öffentlich-kommunale Krankenhäuser, die umfassend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, damit Medizin nicht zu einer Ware degradiert wird.

Menschenwürde nicht verletzen

Die Achtung der Menschenwürde ist Verfassungsgebot. DIE LINKE. Main-Kinzig tritt dafür ein, dass ein selbstbestimmtes Leben auch beim Bezug von Sozialleistungen möglich ist. Besondere Berücksichtigung muss die Situation Alleinerziehender finden. Das KCA muss mehr Gewicht auf

das „Fördern“ als auf das „Fordern“ legen. Dies gilt vor allem gegenüber den jungen Erwachsenen unter 25 Jahren, denen schnell die gesamten Zahlungen einschließlich der Miete gekürzt werden. DIE LINKE. Main-Kinzig lehnt es ab, BezieherInnen von existenzsichernden Leistungen durch Sanktionen unter Druck zu setzen. DIE LINKE. Main-Kinzig wendet sich darüber hinaus ebenso gegen Zwangsumzüge und den Zwang zu „1-Euro-Jobs“.

Kommunale Politik darf nicht zum „Ausputzer“ von unsozialen Bundesgesetzen wie Hartz IV verkommen. Bis zu deren Überwindung müssen die Auswirkungen auf die Betroffenen vor Ort soweit wie möglich verringert werden.

Soziale Schieflage im Main-Kinzig-Kreis

Der Kreis ist sozial gespalten: die Schere zwischen arm und reich, zwischen westlichem und östlichem Main-Kinzig-Kreis öffnet sich weiter. Die unterschiedliche demografische Entwicklung – Bevölkerungszunahme bzw. Stagnation im Westkreis, starke Bevölkerungsabnahme im Ostkreis – stellt uns vor zusätzliche Herausforderungen. Kommunen im Ostkreis und in Randbereichen des Kreises sind oft verstärkt von solchen Entwicklungen bedroht. Nicht zuletzt deshalb hat DIE LINKE im Kreistag den Breitbandausbau mitgetragen und unterstützt, um für diese Regionen auch die Möglichkeiten zusätzlicher Gewerbeeinnahmen zu verbessern.

Von der sozialen Schieflage im Kreis sind Migranten, Alleinerziehende und Kinder in überdurchschnittlichem Maße betroffen. Sie sind in mehrfacher Hinsicht benachteiligt: sozial, kulturell und in der Bildung. Fast 25.000 Menschen im Kreis waren im März 2019 auf Hartz IV angewiesen. Hartz IV-Empfänger leiden insbesondere dort, wo kein Mietspiegel besteht, unter unzumutbaren Umzügen und Wohnbedingungen. DIE LINKE. Main-Kinzig unterstützt deshalb die Forderung nach höheren Mietobergrenzen für Hartz IV-Empfänger.

Von monatlich 446 Euro Hartz IV (Regelsatz für Einzelpersonen 2021) plus Kosten der Unterkunft kann man in ganz Deutschland nicht leben. Steigende Energiepreise, Fahrten im öffentlichen Nahverkehr, Ersatzanschaffungen für Bekleidung und Wohnung sind davon nicht zu finanzieren. Das gilt auch für den Main-Kinzig-Kreis.

Längst sind aber nicht nur Bezieher von Sozialleistungen arm: Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm. Sie müssen zu erbärmlich niedrigen Löhnen in unbefristeten Jobs arbeiten, sind in schlecht bezahlten Leih- oder Teilzeitarbeitsverhältnissen sowie in anderen prekären Beschäftigungen tätig. Die bundesweite Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens zehn Euro ist ebenso überfällig wie eine repressionsfreie Mindestsicherung deutlich über Hartz IV-Niveau. Hier gibt es kommunal jedoch leider wenig Handlungsspielraum.

Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors

DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich entschieden dafür ein, dass wirklich jeder Beschäftigte beim Kreis, der Stadt oder den Gemeinden eine vollwertige Arbeitsstelle erhält, die nach Tarif- oder Mindestlohn bezahlt wird!

Ein-Euro-Jobs sind menschenunwürdig und bedrohen bestehende vollwertige Arbeitsplätze. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor entspannt die Arbeitslosigkeit innerhalb der Gemeinde. Die dann sinkenden Kosten für Arbeitslosigkeit sind bei der Kosten-Nutzen-Rechnung zu berücksichtigen. Vor allem aber werden mit diesen gemeindeeigenen vollwertigen Arbeitsplätzen neue Perspektiven für die bei der Gemeinde Angestellten und für ihre Familien geschaffen.

Soziale Gerechtigkeit durch öffentliches Eigentum

Unser oberstes Ziel ist eine größtmögliche kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen.

Das bedeutet konkret: die Kommunalpolitik soll ihre volle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen,

wenn es um eine umweltgerechte Energie- u. Wasserversorgung, Abwasser, Abfallwirtschaft, öffentlichen Personenverkehr, Krankenhausversorgung, Seniorenbetreuung u. a. geht!

Wo möglich setzt sich DIE LINKE für eine Rekommunalisierung ein, damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die Entscheidungen des Kreistages auch umgesetzt werden können. Die Rekommunalisierung der EAM 2014 haben wir ausdrücklich unterstützt.

Sozialverträgliche Gebühren

DIE LINKE. Main-Kinzig versteht sich auch als Vertreter der sozial Benachteiligten in unserem Kreis. Besonders im Interesse dieser Bevölkerungsgruppe treten wir für einen Sozialtarif in den Bereichen Gas, Wasser, Strom und Müllabfuhr sowie für einen kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehr ein. Unser langfristiges Ziel im Main-Kinzig-Kreis ist zudem eine nach Verbrauchsgruppen gestaffelte und ökologischen Kriterien genügende kostenlose Grundversorgung mit Trinkwasser. Hierzu haben wir zahlreiche Anträge gestellt und immer wieder auf die soziale Schieflage bei den Auswirkungen von Bundes- und Landesgesetzen auf den MKK hingewiesen.

Bessere Finanzausstattung

Für den Kreis und die Kommunen fordert DIE LINKE. Main-Kinzig eine bessere finanzielle Ausstattung. Wir verlangen mehr Gelder vom Land für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen eine gerechte Kreisumlage, die die Gemeinden entlasten und ihnen mehr Handlungsfreiheit erlaubt. Wir werden in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hinweisen, dass der dramatische Rückgang der Staatseinnahmen, mit dem die Ablehnung solcher Forderung meist begründet wird, nicht naturgegeben ist. Sie sind auch Folge einer rosa-grün-schwarz-gelben Politik der Umverteilung von unten nach oben, der Privatisierung und der Steuerreformen zugunsten derjenigen, die es eigentlich nicht nötig haben.

Politik gegen Armut und Ausgrenzung

Wir setzen uns mit aller Kraft für bessere Bedingungen und die Rechte von Hartz-VI Empfängern, Zeitarbeitern, alleinerziehenden Müttern und Vätern, Senioren, Kindern in Armut, Menschen mit Behinderung, und anderen Menschen mit geringem Einkommen ein. Wir fordern ebenso einen Mietspiegel, der den tatsächlichen Mietpreisen entspricht, eine zügige Bearbeitung von Sozialanträgen, die Einhaltung der Pfändungsfreibeträge und das Recht auf ein Guthabenkonto. Kindes- und Altersarmut im Kreis darf nicht nur verwaltet werden. Sie muss entschieden bekämpft werden. Unser Ziel ist eine Politik gegen Armut und Ausgrenzung.

Internet: vom Breitband zum Bürger-WLAN

DIE LINKE. Main-Kinzig hat schon vor langer Zeit eine moderne und bezahlbare Breitband-Internetverbindung für den gesamten Kreis gefordert. Mit dem Breitbandausbau durch den Kreis wurde Wirklichkeit. Dies ist jetzt Voraussetzung für die Ansiedlung und den Verbleib von Gewerbe und Industrie auch in strukturschwachen Regionen unseres Kreises.

Mindestens ebenso wichtig ist, allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eines kostenfreien Internetzugangs zu schaffen. Insbesondere im öffentlichen Raum, auch im ÖPNV, sollte kostenloses WLAN für alle angeboten werden. Im Rahmen seiner politischen und finanziellen Befugnisse soll der Main-Kinzig-Kreis in diesem Sinne auf die Kommunen einwirken. Um eine Versorgung des gesamten Kreises mit WLAN im öffentlichen Raum umzusetzen, soll aus der Breitband Main-Kinzig GmbH eine WLAN Main-Kinzig GmbH werden.

Für ein würdevolles Leben im Alter

Altersarmut, besonders bei Frauen, breitet sich immer mehr aus. Dem ist auch kommunal entgegenzusteuern. Nach einem langen Arbeitsleben haben die Menschen ein Anrecht auf ein würdevolles Leben im Alter.

● Wir wollen, dass ältere Menschen nicht gegen ihren Willen aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld herausgerissen werden und Wohnen im ursprünglichen Umfeld gefördert wird.

● Wir wollen Umzugsbeihilfen für ältere Menschen, die in eine altersgerechte und finanzierbare Wohnung im gewohnten Umfeld umziehen wollen.

● Wir wollen spezielle Kulturangebote für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern.

● Wir unterstützen die Einführung einer möglichst flächendeckenden Beratung und umfassender ambulanter Hilfen für Rentnerinnen und Rentner in den Städten und Gemeinden zu den Fragen des selbstbestimmten Älterwerdens. Ebenso unterstützen wir Initiativen, die das selbstbestimmte Altern fördern wollen.

● Wir streben den qualitativen Ausbau von Altenpflegeeinrichtungen an. Dazu gehört auch eine zufriedenstellende soziale Situation der dort Beschäftigten und eine aktive Politik gegen den Fachkräftemangel im Altenpflegebereich.

2. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind durch den Abbau des Sozialstaates auch auf kommunaler Ebene verstärkter Benachteiligung ausgesetzt. DIE LINKE. Main-Kinzig stellt sich dieser Entwicklung entgegen.

Behindertenpolitik ist für uns ein Querschnittthema, das in alle Politikfelder fließt. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen – ob jung oder alt – eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

Wir fordern eine emanzipatorische Behindertenpolitik auf der Grundlage der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen und den fortschrittlichen Traditionen europäischer Sozialstaaten, damit auch Menschen mit Behinderungen am Leben in unserer Gesellschaft teilhaben können.

Das Verständnis von Barrierefreiheit ist oft noch zu sehr an Menschen orientiert, die körperbehindert sind. Es berücksichtigt andere Arten von Behinderungen, wie Taubheit, Blindheit, geistige und psychische Behinderungen, zu wenig. Auch wenn es im Main-Kinzig-Kreis durchaus positive Ansätze für die Schaffung von Barrierefreiheit gab, so tragen diese der steigenden Zahl von Behinderungen nicht Rechnung. Längst sind nicht alle Verkehrsmittel barrierefrei zu erreichen. Oft sind Schwimmbäder, Kinos und andere Einrichtungen für behinderte Menschen wegen fehlender Rampen oder Aufzüge nicht zugänglich. Viele Straßen im Main-Kinzig-Kreis stellen für Blinde, Rollstuhlfahrerinnen- und -fahrer aber auch für Eltern mit Kinderwagen schwer überwindbare Hindernisse dar. Gehwege sind zu schmal, es fehlen Blindenleitsysteme und an den meisten Ampeln sind die akustischen Signale und die Grünphasen zu kurz.

Die soziale Situation von Menschen mit Behinderung verbessern

Ein weiterer Aspekt der Behindertenpolitik betrifft die Vermittlungschancen in geregelte, tariflich entlohnte und sozialversicherungspflichtige Berufstätigkeit. Der Anteil der Menschen mit Behinderungen an den Erwerbslosen ist auch im Main-Kinzig-Kreis überdurchschnittlich hoch. Von geschützten Arbeitsplätzen in den Behindertenwerkstätten des Kreises kann man auchl kaum noch sprechen, wenn sich diese immer mehr am Markt orientieren müssen.

Der kommunalen Umsetzung des seit dem 1. Januar 2008 eingeführten „Trägerübergreifenden

Persönlichen Budgets“, steht DIE LINKE. Main-Kinzig kritisch gegenüber. Die Gefahren dieses Konzepts liegen vor allem in den Einzelfallentscheidungen begründet. Die Entscheidungen zur Bewilligung des persönlichen Budgets erschweren den Betroffenen eine Gegenwehr bei Kürzungen. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass Menschen mit Behinderungen für ein Lohndumping etwa gegenüber ihren Betreuer*innen (Leistungserbringern) missbraucht werden. Bei Leistungskürzungen des persönlichen Budgets durch die öffentlichen Haushalte wären Menschen mit Behinderung zur Aushebelung der Vergütungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern gezwungen. Das kann die Leistungsqualität senken und zur Unterversorgung führen. Für uns sind reale Chancengleichheit und uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, fernab einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die politische Zielsetzung.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert:

- Barrierefreiheit: die uneingeschränkte Nutzung öffentlicher Gebäude, Einrichtungen und Verkehrsmittel sowie der elektronischen Kommunikation inklusive Kindertagesstätten und Schulen. Dazu in allen öffentlichen Einrichtungen barrierefreie schriftliche Informationen und Formulare auch für Menschen mit geistiger Behinderung. Ebenso die Bereitstellung von Gebärdendolmetschern, Wandprojektionen, Induktionsschleifen und anderer technischer Hilfsmittel bei öffentlichen Veranstaltungen. Beim Bau von städtischen Wohnungen verlangen wir die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum.

- Die Organisation und Unterstützung von Informationskampagnen, die ein wahrheitsgetreues Bild von Menschen mit Behinderungen zeichnen, frei von Klischees und Vorurteilen.

- DIE LINKE Main-Kinzig befürwortet den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Heime separieren die Menschen von der Gesellschaft. Betreutes Wohnen dagegen unterstützt die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Menschen mit Behinderungen. Für persönliche Betreuung und begleitende Assistenz muss gesorgt werden. Im Rahmen jeweiliger Befugnisse ist das Recht auf individuelle Zuwendung und Leistungserbringung im Sinne von Menschen mit Behinderungen zu sichern. Besonders Kürzungen bei „Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets“ sind nur mit Einverständnis der/des Betroffenen zulässig.

- Solange Barrierefreiheit nicht bei allen öffentlichen Verkehrsmitteln gegeben ist, müssen kürzere Voranmeldezeiten und eine kostenlose Nutzung von ausgebauten Fahrdiensten möglich sein.

- Die Erfüllung der gesetzlichen Behindertenquote bei Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich sowie größere Anstrengungen, um Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

- Die Einführung eines fairen gesetzlichen Mindestlohnes in allen Behindertenwerkstätten.

- Die Schaffung einer weiteren Stelle eines Behindertenbeauftragten für den Main-Kinzig-Kreis.

- Ein inklusives Bildungssystem. Das bedeutet: Schaffung weiterer Plätze für integrative Kindertagesstätten und Kindergärten im Vorschulbereich und „Eine Schule für Alle“ und damit die Integration von Kindern mit Behinderungen in den allgemeinbildenden Schulen. Dies ist im Sinne der auch von Deutschland unterzeichneten UN-Konvention für Menschen mit Behinderung. Eine entsprechende Reform muss in ihrer Umsetzung mit spürbaren Verbesserungen bei Betreuung und Klassengröße im Regelschulsystem erfolgen. Entschieden wird dies letztlich auf Landesebene. Der Main-Kinzig-Kreis soll jedoch die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen.

3. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Wir bekennen uns zur Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung. Aber: Immer mehr Aufgaben aus Bund und Land werden auf die Kommunen übertragen, ohne dass der dafür eigentlich vorgeschriebene finanzielle Ausgleich auch stattfindet.

Das hört sich dann in den Vorbemerkungen zum Haushalt des MKK 2015 wie folgt an (Seite 29):

„Vor diesem Hintergrund erscheint ein Haushaltsausgleich so lange unmöglich, wie das Land die Kreise nicht in die Lage versetzt, die übertragenen Aufgaben zu finanzieren, so wie es die hessische Verfassung festschreibt.“ Dann erfolgt eine Fußnote mit dem Hinweis auf Artikel 137 Absatz 5 der hessischen Verfassung.

Tatsächlich erreichte der MKK in den letzten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt, sogar einen „Überschuss“ und konnte Schulden tilgen. Letzteres wäre für sich genommen eine überaus positive Nachricht. Doch wenn die eben zitierte Vorbemerkung stimmt – und nach unserer Auffassung stimmt sie – und das Land Hessen verstößt gegen Artikel 137 Abs. 5 der Verfassung, fragen wir: Was könnte der Main-Kinzig-Kreis alles für die Bürger leisten, wenn der Haushalt verfassungsmäßig finanziert wäre?

Kritik hatten wir in den vergangenen Haushaltsplanungen auch schon am Stellenplan. Hier wird auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten des Services für die Bürger gespart.

Eine effektive öffentliche Verwaltung ist die Basis staatlichen Handelns und letztlich Voraussetzung für dessen Legitimität. Nun könnte man locker sagen: Bürokratieabbau, Effizienzsteigerung und sonstige bekannte Schlagwörter. Aber dies ist grundsätzlich falsch, wie ein Blick z.B. auf eine OECD-Studie zum Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeigt. Da ist Deutschland im hinteren Feld mit ca. 11 Prozent der Beschäftigten. Wir müssen uns ja nicht gleich an Schweden und Norwegen mit knapp 30% orientieren. Frankreich mit 22% oder die USA mit 14% wären auch schon eine Verbesserung. Deutschland hat nicht zu viel öffentlichen Dienst, sondern zu wenig!

Wir fordern deshalb, dass offene Stellen im öffentlichen Dienst schnellstens wieder besetzt werden. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und des Services, aber auch im Interesse der Beschäftigten. Wir können die ohnehin belasteten Verwaltungsmitarbeiter nur bedauern, die sich jetzt auch noch den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie die notwendigen Aufgaben noch auf anständige Weise bewältigt werden können – doch wohl nur durch erhöhte Arbeitsbelastung, wenn mehr Arbeit nicht durch mehr Stellen aufgefangen wird.

Die Wurzeln für die finanzielle Tragödie der öffentlichen Haushalte insgesamt wurden ganz wesentlich schon Ende des letzten Jahrhunderts gelegt. Zunächst verzichtete 1997 die damalige schwarz-gelbe Regierung in Deutschland auf die Erhebung der Vermögenssteuer – ein Milliardengeschenk für die besonders Wohlhabenden.

Und ausgerechnet die kurz darauf in die Regierungsverantwortung gewählte Koalition aus SPD und Grünen senkte den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer signifikant. Sie machte Steuergeschenke in Milliardenhöhe in Form von steuerfreien Gewinnmitnahmen im Rahmen der sogenannten „Entflechtung der Deutschland AG“. Zudem wurde die Körperschaftssteuer der Unternehmen deutlich abgesenkt.

In dieser Zeit wurden auch die Finanzmärkte liberalisiert, also entfesselt, und in der Folge kam es zu dramatischen Krisen von Banken, deren Rettung viele Milliarden aus Steuergeldern verschlungen und die Schuldenlast der öffentlichen Haushalte weiter verschärft haben. Die nachfolgenden CDU-geführten Regierungen senkten die Steuern für die Bessergestellten weiter, und zwar dann vor allem für die Vermögensbesitzer.

Wer mit seiner Arbeit sehr gut verdient, muss derzeit in der Spitze maximal 45 Prozent Einkommensteuer (inklusive der sogenannten Reichensteuer) abgeben, wer sein Einkommen aus Zinsen und Dividenden bezieht, maximal 25 Prozent. Das ist nicht akzeptabel. Diese Steuergeschenke für die Unternehmen und für die Wohlhabenden sind wesentliche Ursachen für die finanzielle Misere öffentlicher Haushalte. All das aber ist Bundes- und zum Landespolitik.

Wie oft schon haben Politiker nahezu aller Kreistagsfraktionen des Main-Kinzig-Kreises nahezu einstimmig festgestellt, dass die Kommunen unter der Bundes- und Landespolitik leiden, die den Kommunen ihre finanziellen Spielräume nimmt. Und wie oft haben die gleichen Politiker das, worüber sie jammern, selbst beschlossen – auf Parteitagen oder in Wiesbaden und Berlin. Auch dies machen wir als LINKE immer wieder deutlich.

Wir stellen fest, dass der Main-Kinzig-Kreises hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Grund

dafür ist die kommunalfeindliche Politik aller Bundesregierungen und der hessischen Landesregierungen, unabhängig von ihrer Farbkomposition. Diese Politik hat die kommunale Selbstverwaltung strukturell geschwächt und schwächt sie weiter.

Solange die Haushalte der Kreise und Kommunen diesen Rahmenbedingungen unterworfen sind, sind alle vorgelegten Haushalte, so auch der des Main-Kinzig-Kreises, geprägt von nicht reparablem Kürzen und Streichen von Dienstleistungen und Personal. Die Schulinvestitionen beispielsweise werden zwar im Haushalt nicht gesenkt und können trotz der Tatsache, dass der Main-Kinzig-Kreis unter die Sparvorgaben des Schutzschirms fällt, bei rund 20 Millionen Euro gehalten werden. Das reicht aber nicht, um die Schulen in den nächsten Jahren in einen rundum guten Zustand zu versetzen.

Im Grundsatz bleibt bei dieser Problematik deshalb zunächst der Bundesgesetzgeber gefordert:

1. reale Konnexität herzustellen,

2. die Einnahmeseite der Kommunen so zu vitalisieren und zu stabilisieren, dass ein Gemeinwesen seinen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gerecht werden kann und demokratisch bleibt (z. B. durch die Entwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindewirtschaftssteuer).

Es ist ja auch ein bemerkenswerter Fortschritt, dass mittlerweile selbst der Landrat offen zugibt, in der „Vergeblichkeitsfalle“ zu sitzen. DIE LINKE weist schon seit Jahren darauf hin: Ohne wirksame Entschuldungshilfen des Landes, aber vor allem des Bundes, wird es vielen Kommunen, also auch denen des Main-Kinzig-Kreises und auch dem Kreis selbst, nicht gelingen, sich nachhaltig zu entschulden. Ein Landkreis oder eine Kommune kann sich bei diesen vorliegenden Schuldenständen eben nicht am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf ziehen – jedenfalls nicht, ohne wesentliche Teile seiner wichtigen und richtigen öffentlichen Aufgaben zu vernachlässigen oder gar aufzugeben.

Eine linke Fraktion hat deshalb unter diesen Voraussetzungen folgende Kriterien, um einen Haushaltsentwurf mitzutragen:

- Einnahmeseite vernünftig, behutsam und gerecht stärken – statt Schwächere weiter zu belasten
- Unsoziale Maßnahmen sind tabu
- Kinderbetreuung weiter ausbauen und verbessern
- Öffentliche Daseinsvorsorge und Bürgerdienste verteidigen
- Personal stärken statt abbauen
- Infrastruktur sichern und Bürgereigentum (Eigenkapital) schaffen.

DIE LINKE im Main-Kinzig-Kreis fordert keine Wohltaten, sondern Vernunft und Gerechtigkeit. Wir fordern Haushaltsehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sozial gerechte Belastungs- und Entlastungswirkungen, faire Bedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Verteidigung und Erweiterung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kreis.

Nachhaltig und regional wirtschaften

Mittelständische Betriebe sind in der Region wichtige Anbieter von qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen sowie von unverzichtbaren Arbeits- und Ausbildungsstellen. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist diesem Aspekt verstärkt Rechnung zu tragen.

Leider nimmt auch im Main-Kinzig-Kreis die Zahl der geringfügig Beschäftigten in beunruhigendem Umfang zu: Heute sind immer noch rund 20 Prozent aller Arbeitsplätze Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor – den Großteil dieser Arbeitsplätze haben Frauen inne. Weiter ist die Wirtschaft des Main-Kinzig-Kreises geprägt von mittelständischen Unternehmen, Dienstleistern,

aber auch von der Automobilzulieferindustrie.

Wir fordern deshalb, die Vergabe öffentlicher Aufträge zukünftig verstärkt an soziale und ökologische Bedingungen zu knüpfen. Ein Großteil der öffentlichen Aufträge in Deutschland werden immer noch nach einer „Geiz ist geil“-Logik vergeben. Der niedrigste Preis zählt – egal, ob der Schutz von Kindern, faire Lohn- und Arbeitsbedingungen, elementare Menschenrechte oder der Klimaschutz beachtet werden. Die Vergabeordnung für die kommunale Ebene muss entsprechend umgestaltet werden. Gerade hierdurch profitieren auch klein- und mittelständige Unternehmen der Region.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert:

● Ein kommunales Förderprogramm zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen auflegen. Hierfür bieten sich nahezu alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge inklusive der Bildung und der Gesundheitsversorgung an.

● Die Vergaberichtlinien des Kreises umgehend sozialen und ökologischen Kriterien anpassen. Insbesondere sollen soziale Vorgaben (z.B. Einhaltung von Tarifverträgen) schon in der Ausschreibung stärker genutzt werden. Auch sollen vermehrt umweltbezogene oder innovative Anforderungen gestellt werden. Ziel ist, dass der Preis bei der Vergabeentscheidung nur noch mit 30% und die anderen genannten Kriterien mit insgesamt 70% berücksichtigt werden.

● Bei öffentlichen Aufträgen sind die einzelnen Leistungen in Lose aufgeteilt und getrennt nach Art oder Fachgebiet zu vergeben. Die Gesamtvergabe eines Auftrags soll nur noch im Ausnahmefall möglich sein. Das macht es für klein- und mittelständische Unternehmen einfacher, sich an großen öffentlichen Aufträgen zu beteiligen.

„Schuldenbremse“ ist Wachstums- und Sozialstaatsbremse

Die 2011 beschlossene Schuldenbremse steht in offenem Widerspruch zum Erkenntnisstand der Finanzwissenschaft. Dort gilt als „goldene Regel“, dass öffentliche Investitionen durch Kredite vorfinanziert werden. Man stelle sich vor, eine Schuldenbremse würde für Unternehmen oder private Haushalte gelten:

Die private Investitionstätigkeit würde schlagartig zusammenbrechen, kaum ein Privater könnte mehr ein Haus finanzieren. Unterlassene Investitionen, Instandhaltung und Bildung sind auch Schulden für die nächste Generation. Jeder Hausbesitzer weiß auch, dass unterlassene Instandhaltungen später höhere Kosten nach sich ziehen, als gleich vorgenommene Reparaturen.

Wie schädlich eine Schuldenbremse für Wachstum und Beschäftigung ist, hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) für Gesamtdeutschland einmal berechnet: Hätte in den Jahren 2000 bis 2007 bereits die Schuldenbremse gegolten, wäre das Wachstum in diesem Zeitraum um bis zu 1,5 Prozent niedriger ausgefallen und rund 500.000 Menschen wären weniger beschäftigt worden.

Grundsätzlich muss dem Staat die Möglichkeit der Verschuldung zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen und wichtigen Zukunftsinvestitionen erhalten bleiben. Entscheidend ist immer, wofür eine Verschuldung stattfindet. Eine generelle Schuldenbremse ist deshalb kontraproduktiv. Zudem: Obwohl Deutschland dringend eine Stärkung der Binnennachfrage bräuchte, führt die Schuldenbremse zum genauen Gegenteil. In der Coronakrise wurden diese Grenzen vorübergehend außer Kraft gesetzt. Es ist jedoch zu befürchten, dass dies nicht lange so bleiben wird. In der Folge werden zunehmend die hessischen Bürgerinnen und Bürger durch Gebührenerhöhungen (etwa bei den KiTa‘s, bei den Abfall- und Friedhofsgebühren) und durch Steuererhöhungen (etwa bei der Grundsteuer B) zur Kasse gebeten.

Privatisierung – Die Zeche zahlt der Bürger

Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist nicht zielführend, wenn es um guten Service für die Bürgerinnen und Bürger und um gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten geht. Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben darf nicht unter Gewinnvorbehalt stehen. Denn sonst werden Pflichtleistungen, die zur Daseinsvorsorge der Bürger notwendig sind und keinen Profit abwerfen, nur als lästige Auflagen erfüllt und baldmöglichst abgebaut oder ganz aufgehoben. Damit verschlechtern sich die Leistungen für die Bürger.

Durch Senkung der Lohnkosten bis hin zum Lohndumping und zur Verdichtung der Arbeit der Beschäftigten werden zwar die Profite gesteigert, aber die Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten wesentlich verschlechtert. Sie werden von Billigkräften und Zeitarbeitern ersetzt. Die vorher dort arbeitenden Beschäftigten stehen vor der Arbeitsagentur. Privatisierung nutzt also weder der Daseinsvorsorge der Bürger noch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Daher ist sie für alle Bereiche zu verhindern.

Negative Beispiele gibt es genug. Die britische Eisenbahn wurde von Frau Thatcher mit großem Spektakel in den 1980er Jahren privatisiert und damit ein „leuchtendes Beispiel“ für Unpünktlichkeit, Zugunfälle und schlechte Arbeitsbedingungen.

PPP – undemokratisch, nicht transparent und viel zu teuer

Gerhard Schröder und die SPD brachten von Tony Blair das PPP (Public-Privat-Partnership) Modell mit nach Deutschland. Bei dem Modell PPP wird ein Generalvertrag mit einem Investor abgeschlossen. Der Investor schließt in unzähligen Unterverträgen mit z.B. Baufirmen, Architekten, Beraterfirmen, Reinigungsfirmen usw. ein ganzes Netzwerk von Verträgen ab. Oft entstehen Vertragswerke von über 10.000 Seiten, die von großen Anwaltskanzleien erstellt werden und völlig unübersichtlich sind.

Den Entscheidungsträgern, nämlich den gewählten Abgeordneten oder Stadtverordneten wird in der Regel allerdings nur ein Hochglanz-Dossier von einigen Seiten vorgelegt. Die Einsichtnahme in das gesamte Vertragswerk wird wegen angeblicher Betriebsgeheimnisse meist abgelehnt. Die Teilhabe der Bevölkerung ist in der Regel nur unzureichend gewährleistet.

Konservative Kräfte locken damit: „Wenn wir ein PPP-Modell zur Schwimmbad-Sanierung nehmen, sind wir alle Sorgen los!“ In Wirklichkeit treiben Haftungsansprüche, Folgekosten usw. die Projektkosten so hoch, dass jeder Kreis oder jede Kommune besser beraten ist, wenn er/sie sich bei der Kreissparkasse ein Darlehen nimmt und das Vorhaben mit einheimischen Firmen/Betrieben selbst durchführt.

DIE LINKE erwartet von den Kommunen und dem Main-Kinzig-Kreis, dass sie das Modell PPP strikt ablehnen. Ein Beispiel für eine verfehlte Schwimmbad-Sanierung ist die Toskana-Therme in Bad Orb. Die Stadt Bad Orb hat trotz eines Milliarden-Schuldenbergs neue laufende Verpflichtungen im Rahmen eines PPP-Projektes übernommen. In den nächsten Jahrzehnten müssen mehrere 100.000 Euro pro Jahr gezahlt werden. Entstanden ist ein Bad der Premium-Klasse – mit entsprechenden Eintrittspreisen von 17 Euro für Erwachsene bzw. 8,50 Euro für Kinder bis 13 Jahre für zwei Stunden (Tageskarte Erwachsene: 27 Euro). Vielen Menschen gefällt die Toskana-Therme. Aber viele können sie sich auch einfach nicht leisten. Und ob die Therme der hoch verschuldeten Stadt die Rettung bringt, bleibt nach wie vor offen.

4. Zukunft für Kinder und Jugendliche

Immer mehr Menschen sorgen sich um ihre Zukunft. Auf junge Menschen trifft dies verstärkt zu, weil sie häufig keine gesicherten Perspektiven haben. Entscheidende Weichenstellungen in eine andere Richtung müssen auch hier auf Bundes- und Landesebene geschehen. Doch auch der

Main-Kinzig-Kreis hat in diesem Politikfeld Einflussmöglichkeiten.

Dafür setzen wir uns ein:

● Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Kultur- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind neu zu schaffen, im Bestand zu sichern und wenn nötig auszubauen. Das Beispiel Gelnhausen zeigt, dass diese funktionieren kann.

● Hausmeisterstellen und Sekretariatsstellen müssen wieder neu besetzt werden.

● Keine 1-Euro-Jobs an Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen.

● In der Verwaltung, in den kommunalen Einrichtungen, in den Eigenbetrieben und Betrieben mit mehrheitlicher kommunaler Beteiligung sind 10% aller Stellen als Ausbildungsplätze auszuweisen.

5. Bildung für alle

Die LINKE will die Teilhabe jedes Menschen im Main-Kinzig-Kreis an Bildung und Kultur ermöglichen, alle kreativen Potentiale fördern und so auch die Beteiligung an kommunaler Politik stärken. Bildungserwerb und kultureller Austausch sollen ein eigenständiges und freies Leben erlauben. Bildung und Kultur sind ein demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet. DIE LINKE dringt auf die Einführung der gebundenen Ganztagsschule und steht insbesondere für ein anderes Konzept. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird DIE LINKE für jede Möglichkeit eintreten, die das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Die aktuell feststellbaren und zukünftig erwarteten steigenden Zahlen an Schülerinnen und Schülern erfordern eine vorausschauende und von Mehrbedarf ausgehende Planung. Unsere Forderungen:

● **Bildung von Anfang an**: Jedes Kind hat ein Anrecht auf eine ganztägige und gebührenfreie Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten. Hierbei muss die öffentlich getragene vorschulische Förderung deutlich aufgewertet werden. Unerlässliche Vorbedingung ist, dass entsprechend mehr ErzieherInnen besser ausgebildet, eingestellt und gut bezahlt werden.

● **Neuer Schulentwicklungsplan**: Die erwartbaren steigenden Zahlen an Schülerinnen und Schülern erfordern einen neuen Schulentwicklungsplan, der auch den Aus- und Neubau von Schulen vorsieht.

● **Längeres gemeinsames Lernen in einer wohnortnahen und öffentlichen Bildungseinrichtung**: Unser Ziel ist eine Gemeinschaftsschule für alle von der ersten bis mindestens zur zehnten Klasse, die soziale Auslese beendet und Kinder und Jugendliche sowohl bei Lernschwächen als auch in ihren Begabungen individuell fördert. Wir wollen ein flächendeckendes und ganztägiges Bildungsangebot im Main-Kinzig-Kreis gewährleisten. Voraussetzung dafür ist das Ende einer Sachzwang- bzw. Sparpolitik von Land und Kommunen. Darüber hinaus gilt es, die Anzahl des Lehrpersonals zu erhöhen, um unzumutbar auftretende Klassengrößen zu verringern und ein pädagogisch durchdachtes Lernen und Fördern zu ermöglichen. Zusätzlich soll ein gesundes und kostenloses Mittagessen bereitgestellt werden.

● **Das Recht auf Ausbildung und die Gestaltung der beruflichen Bildung**: Das duale Berufsausbildungssystem, das Lernen im Betrieb und in der Schule verbindet, wurde von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als sehr gut beurteilt. Allerdings sind nur noch ein Drittel der ausbildungsfähigen Betriebe bereit, junge Menschen überhaupt noch auszubilden. Die, die es schaffen, einen Ausbildungsplatz zu ergattern, stehen nach ihrer Ausbildung oftmals wieder vor einem Problem: Der Ausbildungsbetrieb ist nicht bereit,

sie in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Das kann schwerwiegende Folgen für eine Gesellschaft nach sich ziehen.

Damit diese Misere nicht in einer Katastrophe endet, fordert DIE LINKE. Main-Kinzig die Verwirklichung des Rechts auf qualifizierte Erstausbildung und Integration der Weiterbildung, die Einführung der Ausbildungsverpflichtung, die Einführung der Umlagefinanzierung, die Sicherung der Übernahme nach der Ausbildung, die Verwirklichung von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu Hoch- und Fachhochschulen.

Wir wollen ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen schaffen und die finanzielle Ausstattung der Berufsschulen insbesondere hinsichtlich qualifizierter Lehrkräfte garantieren. Wir wenden uns gegen die Privatisierung von Berufsschulen. Wir wollen gleiche Chancen für alle, eine bessere Ausstattung und mehr Berufsschulunterricht.

● **Schulsozialarbeit ist flächendeckend notwendig**: Die LINKE hält es für notwendig, dass die Sozialarbeit an den Schulen im Main-Kinzig-Kreis weiter ausgebaut wird. Die Bedarfe werden hier ansteigen. Dabei darf es nicht sein, dass die Finanzierung dieses Vorhabens vom Land Hessen auf die Kreise und Kommunen abgeschoben wird. Die Ansprüche an die Schule sind beständig gestiegen. Wenn die Schule ein Ort sein soll, wo soziales Zusammenleben und demokratisches Aushandeln von Interessen gefördert sowie Amokläufen, Gewaltausbrüchen und Mobbing der Boden entzogen wird, dann geht kein Weg daran vorbei, umfassend angelegte Schulsozialarbeit in allen Schulformen, Schultypen und Stufen zu etablieren. Die LINKE fordert, hier ein übergreifendes Konzept zu entwerfen. Dabei muss das hessische Kultusministerium federführend wirken.

● **Sonstige Bildungsangebote auf breiter Basis**: Das bezieht sich vor allem auf öffentlich getragene oder unterstützte Bibliotheken, Archive und Museen. Hier stellen besonders die Volkshochschulen ein wichtiges Angebot dar, zu deren Unterhaltung der Kreis verpflichtet ist. Die VHS soll ein breites Spektrum von allgemeinen und beruflichen Inhalten einschließen, dass sich über die gesamte Region verteilt. Reduzierung bzw. Einsparung, auch infolge zunehmender Privatisierung, lehnt die LINKE entschieden ab. Damit die VHS ihre Aufgaben erfüllen kann, darf die kostendeckende Gebührenkalkulation nicht den Maßstab für die Angebotsgestaltung bilden.

6. Kulturelle Teilhabe für alle

DIE LINKE entwickelt bei der Herausbildung ihres politischen Profils einen weiten Kulturbegriff. Dieser stellt die unterschiedlichen Lebensweisen der Menschen und die verschiedenen Formen der praktisch-geistigen Aneignung der Welt in das Zentrum politisch-kulturellen Denkens. Damit rücken interkulturelle Dialoge, Gleichstellungsfragen, die Entdeckungen der Künste und Wissenschaften, Bildungs- und Hochschulpolitik, Architektur und Städtebau, Beschäftigungspolitik und die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen in den Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Sie alle haben kulturelle Dimension. An ihnen erfahren wir individuelle Freiheit als Sinn und Gestaltung unseres Lebens in Gemeinschaft.

DIE LINKE setzt auf eine umfassende Förderung der kulturellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft, auf öffentliche Institutionen für eine demokratische Bildung, eine zukunftsoffene Wissenschaft, freie Kunst und Kommunikation. Dazu gehört der Erhalt der öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur, d.h. die Bewahrung und Erweiterung kommunaler Räume für Soziokulturen und freie Szenen sowie die Weiterentwicklung traditioneller öffentlicher Kulturinstitutionen.

Verständnis für den kulturellen Wandel unserer Gesellschaft zu entwickeln, bedeutet auch, die Veränderungen in politischen Institutionen, in Parteien und Bewegungen zu verstehen und die Gestaltung demokratischer Prozesse im digitalen Zeitalter ernst zu nehmen. In der Partei der Europäischen Linken setzen wir uns für einen kulturellen Dialog weltweit ein.

Dialogräume für einen offenen Gesellschaftsdiskurs entstehen oft durch kulturelle und künstlerische Produktionen, in Kulturinstitutionen, wie Ausstellungsräumen, Theatern, Festivals, Protestkulturen u. Ä. Sie nehmen soziale und gesellschaftliche Konflikte auf und geben ihnen Raum und Ausdruck. Es sind oft die kulturellen Debatten, in denen neue Optionen für die Gestaltung des sozialen und gesellschaftlichen Wandels erarbeitet, d.h. denk- und fühlbar gemacht, erkundet und durchprobiert werden. Denken wir dabei nur an den Strukturwandel in den klassischen Industrieregionen, an den Stadtumbau in Ost und West, an die Erkundung neuer Lebens- und Berufswelten, die Perspektiven der Jugend ohne klassische Arbeitsbiographie, die Gestaltung des Alters in Würde, an Gleichstellung und Antirassismus. Für die kommunale Ebene leiten wir daraus folgende Ziele ab:

● **Kulturelle Freiheit und Vielfalt**: Kulturpolitik soll der regionalen Vielfalt kultureller Aktivitäten gerecht werden. Sie soll öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen, unabhängige Verlage, Studios, Agenturen und künstlerische Produktionsfirmen fördern.

● **Kooperativer Kulturföderalismus mit europäischer Ausrichtung**: Europäischer Kulturföderalismus hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangspunkt, die in der Lage sind, das regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu ermöglichen.

7. Sport ist mehr als „Leistung, Leistung, Leistung“

Sport hat als Freizeit-, Gesundheits-, Schul- und Spitzensport eine bildende Funktion. Sport macht Spaß, senkt die Risiken zivilisationsbedingter Krankheiten, baut Aggressionen ab und fördert soziale Kompetenz. Sport ist ein wirksames Mittel zur Integration und ein wichtiger Weg zum einander kennenlernen und Freundschaften schließen. Wie kaum ein anderer Lebensbereich verbindet Sport unterschiedliche Generationen, Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft sowie unterschiedlichen Geschlechts und Menschen mit und ohne Behinderungen, wenn man es denn zulässt und es gewollt ist. Deshalb müssen der organisierte und nicht organisierte Breitensport als ein Bereich wahrgenommen werden, welcher der unbedingten Unterstützung bedarf. Die übermäßige finanzielle Unterstützung des Profisportes durch die Kommunen, die eher den passiven Zuschauern als der aktiven Betätigung zugutekommt, sollten zugunsten des Breitensports, der öffentlichen Bäder und Sportanlagen umverteilt werden. Letztendlich würde von einer breiteren Talentförderung auch der Profisport profitieren. DIE LINKE Main-Kinzig hat bereits in der Vergangenheit für den Erhalt von Sportanlagen und gegen die Schließung bedrohter Bäder gekämpft. Entscheidend für uns war und ist, dass Nutzerinnen und Nutzer sich selbst und damit öffentlichen Protest organisieren. So tritt DIE LINKE Main-Kinzig auch weiterhin für den Erhalt des Zweckverbandes der öffentlichen Schwimmbäder ein.

Sport ist ein soziales Grundrecht

Die Chance, vereinsgebunden Sport zu treiben, muss allen Menschen gewährt werden. Deshalb fordern wir, dass ein Main-Kinzig-Pass Berechtigten möglichst die Hälfte der Vereinsbeiträge erstattet. Das Geld könnte unter anderem von städtischen Unternehmen bzw. Sponsoren übernommen werden, welche bisher den Profisport unterstützt haben. Neben Joggen und Radfahren ist Schwimmen die am meisten ausgeübte sportliche Aktivität.

DIE LINKE Main-Kinzig tritt ein für eine flächendeckende und bezahlbare Erhaltung und Nutzung der Bäder im Kreisgebiet, dies gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE Main-Kinzig lehnt die Behauptung ab, es sei kein Geld mehr für Bäder vorhanden. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob man der gesamten Bevölkerung im Main-Kinzig-Kreis den Zugang zu Bädern ermöglichen will. Sport- und Gesundheitsinfrastruktur ist nicht „kostendeckend“ zu betreiben, sondern eine nötige Dienstleistung für die Gesellschaft.

DIE LINKE Main-Kinzig setzt sich ein für:

● mindestens den Erhalt aller bestehenden Bäder und Sportanlagen im Kreisgebiet;

● die Durchführung notwendiger Sanierungen;

● die Rücknahme bereits entkommunalisierter Bäder aus der privaten in die öffentliche Hand;

● die Zugänglichkeit aller Bäder und Sporteinrichtungen für alle Schichten der Bevölkerung und

● die Übernahme der vollen oder teilweisen Kosten der Vereinsmitgliedschaft in Sportvereinen durch die Vorlage der Main-Kinzig-Card.

8. Verkehr sozial und ökologisch steuern

Der motorisierte Individualverkehr wächst weiter. Die Umwelt wird immer stärker belastet, während gleichzeitig beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gespart wird. Einschränkungen des öffentlichen Verkehrs nach 22 Uhr und am Wochenende treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. Für Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, wird die Mobilität immer mehr eingeschränkt. Dringende Ausbaumaßnahmen des ÖPNV unterbleiben.

Alternativen zum Auto fördern – für einen fahrscheinlosen und modernen ÖPNV

DIE LINKE will die Verwirklichung des Grundrechts auf Mobilität für alle. Deshalb ist für die LINKE. Main-Kinzig die Bereitstellung eines bezahlbaren und umfangreichen öffentlichen Personenverkehrs ohne Fahrschein das zentrale Ziel einer sozialen und ökologisch nachhaltigen Verkehrspolitik. Beispielsweise bieten für Pendler oder Besucher von Innenstädten Park-and-Ride Systeme interessante Alternativen. Fahrgemeinschaften und Car-Sharing können sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum ausgebaut werden. Als Alternative muss neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung stehen. Das Fahrrad ist nicht nur ein Verkehrsmittel für die Freizeit, sondern muss als gleichberechtigtes Verkehrsmittel akzeptiert werden und entsprechenden Raum finden. Das E-Bike kann hier neue ergänzende Möglichkeiten im Nahverkehrsbereich bieten.

Dort, wo motorisierter Straßenverkehr Bus, LKW, PKW) notwendig oder sinnvoll ist, setzen wir auf Fahrzeuge mit alternativem Antrieb. Deshalb fordern wir die zügige Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotten auf Hybrid-, Wasserstoff- oder Elektroantrieb. Hauptkriterien für die Auswahl im Einzelfall sind die jeweils ausgestoßenen Schadstoffe sowie die ökologische und soziale Nachhaltigkeit (Ökobilanz). Ein Elektroauto, das mit Kohlestrom fährt, ist ökologisch sinnlos.

Im Rahmen kommunaler Möglichkeiten sollen im Main-Kinzig-Kreis alternative Antriebe umfassend gefördert werden. Das betrifft beispielsweise die Bereiche Aus- und Weiterbildung im KFZ-Gewerbe oder die unbürokratische Abwicklung von Pilotprojekten für alternative Antriebs- und Verkehrsprojekte. Hier bietet sich auch ein beachtliches Potenzial an qualifizierten Arbeitsplätzen.

ÖPNV: mobil – sozial – ökologisch

Der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) am Verkehrsaufkommen soll deutlich erhöht werden. Die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch Bund und Land muss rückgängig gemacht werden. Die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs soll durch komfortablen Transport, überschaubare und einfache Vertaktungen und extrem vereinfachte Nutzungsbedingungen bis hin zur fahrscheinlosen Beförderung gesteigert werden.

Wir brauchen eine radikale Wende, für die eine verlässliche Finanzierungsgrundlage zentrale Voraussetzung ist. Neben dem Ausbau des ÖPNV (Steigerung von Qualität und Quantität) muss auch der Trend zu immer höheren Fahrpreisen umgekehrt werden. Nur durch die Erschließung neuer Einnahmequellen für den ÖPNV können die notwendigen Mehrausgaben und sinkenden Fahrpreise finanziert werden. Dabei werden sich die Fahrpreiseinnahmen den Kosten für Vertrieb und Kontrollen annähern und ihr Anteil an den Gesamteinnahmen immer geringer werden. Damit steht am Ende dann mit Recht die Frage im Raum, ob nicht auf Fahrscheine generell verzichtet werden kann.

Wir fordern für den ÖPNV:

● **fahrscheinlos = sorgenlos**: Zentrales mittelfristiges Ziel ist der fahrscheinlose ÖPNV. Seine großen Vorteile sind:

- keine sozialen Barrieren zur Nutzung des ÖPNV

- Grundrecht auf Mobilität wird für alle garantiert

- verbunden mit Ausbau-Offensive wird der ÖPNV attraktiv für alle Nutzergruppen

- Verlagerung des Verkehrs vom Auto auf den ÖPNV: Weniger Lärm, Abgase, Unfälle, verstopfte Straßen

- Mehr Lebensqualität.

Wichtig ist dabei, dass der ÖPNV nicht kostenlos ist. Er verursacht natürlich Kosten: Straßennutzung, Treibstoffe (zukünftig: Strom, Wasserstoff), Anschaffung der Fahrzeuge, Reparatur etc. Nur sollen diese Kosten über die Haushalte oder zweckgebundene Abgaben (wie z.B. in Frankreich) gedeckt werden. Die geläufige Bezeichnung „Nulltarif“ ist oft irreführend, weil die darin meist enthaltene Nahverkehrsabgabe bzw. ein Bürgerticket auch eine Form von Tarif ist. Wir benutzen deshalb hier die Begriffe fahrscheinlos oder fahrscheinfrei.

Grob umrissen gibt es drei verschiedenen Finanzierungsmodelle für den fahrscheinlosen ÖPNV:

- Das Bürgerticket: Alle Bürgerinnen und Bürger (= alle mit Erstwohnsitz gemeldeten Einwohner) zahlen einen monatlichen Beitrag. Ob dieses Ticket dann nur für die Einwohner gilt, ist offen. Auch, ob noch ergänzende Finanzierungsquellen dazu kommen. Um eine Mobilität für alle tatsächlich zu gewährleisten, muss in dieser Finanzierung eine „soziale Komponente“ enthalten sein – etwa in Form der dann tatsächlich kostenfreien Beförderung für Inhaber einer Sozialcard.

- Nahverkehrsabgabe für Arbeitgeber (Modell Frankreich): Pro Beschäftigten muss eine Abgabe bezahlt werden (in Frankreich für Betriebe ab 10 Beschäftigten). Entlastungen für die Unternehmen können sich dann ergeben, wenn bei ausgiebiger Nutzung des ÖPNV durch die Beschäftigten Ausgaben für Parkräume und deren Bewirtschaftung entfallen können. Eine solche Nahverkehrsabgabe kann im Prinzip auch für andere Bevölkerungsgruppen eingeführt werden, etwa auch für den Einzelhandel (bemessen z.B. am Umsatz).

- Steuerfinanzierter ÖPNV: Finanzierung der gesamten Kosten des ÖPNV aus dem allgemeinen Haushalt. Im Grunde dasselbe Prinzip wie beispielsweise bei den staatlichen Bildungseinrichtungen, die für jeden mit entsprechender Qualifikation offenstehen und eben steuerfinanziert sind. Im Übrigen werden für den Autoverkehr externe Kosten in noch größerem Ausmaß übernommen. Das Problem hier ist die große Gefahr, dass im Haushalt für den ÖPNV immer wieder gekürzt werden kann – siehe eben auch das Bildungssystem.

Welches Finanzierungsmodell am Ende auch zum Zuge käme: Der Finanzumfang muss so gewählt werden, dass damit eine stetige und planbare Verbesserung des ÖPNV möglich ist – einschließlich des Ausbaus der Arbeitsplätze und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die praktischen Erfahrungen vor allem im europäischen Ausland mit Konzepten des fahrscheinlosen ÖPNV zeigen, dass enorme Erfolge möglich sind: Beispielsweise stieg im belgischen Hasselt die Anzahl der beförderten Personen von 360.000 im Jahr 1996 auf über 4,6

Mio. im Jahr 2006 – mit entsprechendem Rückgang des CO2-Ausstoßes, des Verkehrslärms durch PKW und der Abnahme der Kosten für Straßen und Parkraumbewirtschaftung. Auch in Luxemburg, wo seit Februar 2020 ein steuerfinanzierter und für Benutzer kostenfreier ÖPNV großflächig am Start ist, rechnet man – sobald die Corona-Sondersituation vorbei ist – mit steigenden Nutzungszahlen. Mit einer langfristig gesicherten Finanzierung des ÖPNV können schrittweise auch die folgenden Ziele leichter und schneller erreicht werden.

● **Verdichtung der Taktzeiten**: Die Taktzeiten des öffentlichen Nahverkehrs müssen verdichtet statt ausgedünnt werden. Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Bisher gibt es an Samstagen und Sonntagen keine Verkehrsverbindungen vom Lande an die Kinzigtalbahn (Hanau, Gelnhausen, Wächtersbach, Schlüchtern). Die Landbevölkerung im Vogelsberg und Spessart hat nahezu keinerlei Möglichkeiten, an Wochenenden Krankenbesuche in den Kreis-Krankenhäusern, Verwandten- oder Bekannten-Besuche oder kulturelle und andere Veranstaltungen im Kinzigtal mit Hilfe des ÖPNV zu machen.

● **Keine Privatisierungen**: Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze profitabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten von Takten und Strecken.

● **Effektiver Lärmschutz**: DIE LINKE. Main-Kinzig verlangt eine Intensivierung der Bemühungen, den Bahnlärm im Kinzigtal durch technische Verbesserungen der Züge sowie durch Lärmschutzmaßnahmen deutlich zu verringern. Effektive und moderne Lärmschutzmaßnahmen – auch im Straßenverkehr – dienen in erster Linie einer Verbesserung der Lebensqualität der Anwohner, fördern aber auch die Kulturlandschaft und den Tourismus.

● **Aus- und Neubau**: Es ist ein Skandal, wie die Bundes- und Landesregierungen die Schienenaus- bzw. Neubaustrecke Fulda-Frankfurt und Hanau-Würzburg in den vergangenen Jahren behandelt und „unterstützt" haben. Aufgrund der immer prekäreren Bahnverkehrssituation im Kinzigtal ist es nun doch irgendwann in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren soweit: Der Aus- und Neubau der Bahnstrecken im Kinzigtal soll kommen. Wir befürchten allerdings, dass es am Ende zu einer Lösung kommt, die für die BürgerInnen und Bürger des Kreises mehr Bahnlärm bedeutet und für den Spessart zu einer Zerstörung großer Naturlandschaften.

Exkurs: Neubaustrecke Hanau – Fulda

seit Jahren schon stark überlastet ist. Für einen in Zukunft wachsenden Schienenverkehr – nicht als reiner Mehrverkehr, sondern auf Kosten des klimaschädlicheren Straßen- und Flugverkehrs – wird eine entsprechende Infrastruktur benötigt. Zwischen Hanau und Fulda besteht ein tatsächlicher Engpass für das deutsche Schienennetz, der zügig beseitigt werden muss.

Wir teilen das Anliegen der DB AG, sowohl den Personenfernverkehr zu beschleunigen und mit einer Fahrzeit unter 45 Minuten zwischen Frankfurt und Fulda die Strecke für einen integralen Taktfahrplan zu ertüchtigen als auch zusätzliche Kapazitäten für den Güterverkehr zu schaffen. Auch die Betriebsqualität des Personennahverkehrs wird dadurch verbessert.

Abschnitt: Hanau – Gelnhausen

Die Pläne für einen viergleisigen Ausbau der bisher dreigleisigen Strecke zwischen Hanau und Gelnhausen begrüßen wir aus den eingangs beschriebenen Gründen. Dabei bietet sich die bewährte Aufteilung mit zwei schnellen Gleisen für den Fernverkehr und zwei langsameren Gleisen für den Regional- und Güterverkehr an. Auf diese Weise teilen sich solche Züge die Gleise, die in Bezug auf die Geschwindigkeit harmonieren. Bei diesem Ausbau muss jedoch unbedingt für einen bestmöglichen Lärmschutz gesorgt werden, um die Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner zu minimieren.

Streckenführung Gelnhausen –Fulda

Im Sinne einer Minimierung zusätzlichen Flächenverbrauchs und einer Bündelung von Verkehrswegen fordern wir generell eine möglichst starke Orientierung an der Bestandsstrecke anstatt einer kompletten Neubaustrecke ab Gelnhausen. Dies bietet sich auch insofern an, als die bestehende Kinzigtal-Strecke eine weitgehend geradlinige Verbindung von Hanau nach Fulda darstellt. Dabei sollten solche Orte von den neuen Gleisen umfahren werden, die sonst übermäßig durch Schienenlärm belastet würden oder bei denen ein vierspuriger Ausbau aufgrund der geographischen Gegebenheiten nicht möglich ist. Zwei weitere Gleise in räumlicher Nähe der Bestandsstrecke mit Umfahrungen der Ortslagen ist daher die einzige verbleibende und letztlich schonendste Variante für die Umsetzung dieses Abschnitts. Auch auf diesem Ausbauabschnitt sollten wieder zwei neue schnellere Gleise für den Personenfernverkehr und zwei langsamere Gleise (Bestandsstrecke) für den Personennah- und den Güterverkehr vorgesehen werden. Da die neuen Gleise jedoch in einigen Ortslagen von der bestehenden Strecke abweichen und stattdessen durch weniger besiedeltes Gebiet geführt werden müssen, sollte der Güterverkehr nachts ebenfalls über diese Strecke geführt werden. So kann die nächtliche Lärmbelastung entlang der Bestandsstrecke auf einfache Weise stark reduziert werden. Dies dürfte technisch problemlos möglich sein, da in dieser Zeit kein oder kaum Fernverkehr diese Strecke nutzt.

Alle betroffenen Orte an der Strecke müssen überdies – auch unabhängig von dem geplanten Ausbau – durch entsprechende Lärmschutzmaßnahmen geschützt werden. Der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner muss bei dem gesamten Ausbau höchste Priorität haben und im Zweifel vor übermäßige Geschwindigkeitserhöhungen gestellt werden.

Die Herausforderungen der Verkehrswende sind gewaltig: Klimaschutz, lebenswerte Städte für die Menschen und Mobilität ohne Auto auch im ländlichen Raum. Dabei haben wir an sich kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem. Die Lösung liegt auf der Hand und ist eigentlich unstrittig: Fuß- und Radverkehr und vor allem auch den ÖPNV attraktiver machen als das Auto. Es ist unwahrscheinlich, dass eine Kommission des Landtags plötzlich ganz neue Konzepte entdeckt, von denen noch keiner gehört hat. Wer die Verkehrswende will, muss den Schienenverkehr ausbauen und darf keine Autobahnen bauen.

● **Den Nahverkehrsplan weiterentwickeln**: Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2013 - 2018 hat maximal den Status Quo gesichert und geht in einigen Bereichen sogar noch hinter den Stand des Jahres 2003 zurück. Ein neuer Nahverkehrsplan ist nicht erstellt worden. Wir werden uns im neuen Kreistag dafür einsetzen, dass es einen neuen Nahverkehrsplan geben wird. Dieser ist dringend erforderlich, da das Verkehrsverhalten sich in der Coronapandemie nachhaltig verändert hat. Neben zurückgehenden Schülerzahlen und der damit verbundener rückläufiger Förderung kommt auf den Main-Kinzig-Kreis eine erhebliche Mehrbelastung durch sinkende Pendlerzahlen (Stichwort Homeoffice) zu. Trotzdem wäre eine Festschreibung höherer Standards, umwelt-, verkehrs- und sozialpolitisch, in den Ausschreibungen unbedingt notwendig. Hinzu kommen die Forderungen einzelner Kommunen, doch die Mindeststandards (gerade keine festgeschriebenen Taktzeiten Samstags und Sonntags) zu senken, um überhaupt eine Verkehrsanbindung anbieten zu können. Die LINKE. Main-Kinzig fordert hier Ziele und Maßnahmen zur Sicherung, Entwicklung und Verbesserung des ÖPNV festzuschreiben. Zwar wird mehrfach auf Menschen mit Behinderung hingewiesen, die daraus abzuleitenden Maßnahmen beziehen sich aber nur auf neu angeschaffte Fahrzeuge. Zur Herstellung der Behindertengerechtigkeit – 25 Prozent der Fahrgäste sind in ihrer Mobilität beeinträchtigt – sind insbesondere die wichtigsten Bahnhöfe mit Aufzügen auszustatten.

● **Mehr Park&Ride – kürzere Reisezeiten – bessere Fahrgastinformationen**: Das Angebot an Park&Ride-Plätzen muss erweitert werden. Vor allem sind Parkplätze kostengünstig zur Verfügung zu stellen, damit ein Umsteigen auf Busse und Bahnen attraktiv wird.

Von besonderer Bedeutung ist die Fortführung organisatorischer Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV mit dem Ziel, die Gesamtreisezeit im ÖPNV zu verkürzen. Zur Verbesserung der Qualität ist die durchgehende Besetzung aller Bahnhöfe von Eisenbahnregionalverkehr während

der Verkehrszeiten mit präsentem und ansprechbarem Servicepersonal notwendig

● **Flughäfen als Teil integrativer Verkehrskonzepte**: DIE LINKE kämpft gemeinsam mit vielen Menschen gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt Rhein-Main. Bereits heute sind in der Region rund um den Flughafen die zumutbaren Grenzen der Belastung überschritten. Eine weitere Erhöhung der Umweltbelastung lehnen wir ab. Es wäre zudem unverantwortlich, würde der Flugverkehr nach Corona da weitermachen, wo er Anfang 2020 aufgehört hatte.

Um den Mobilitätsbedürfnissen Rechnung zu tragen, wollen wir ein effizientes integriertes Verkehrskonzept zwischen ÖPNV, Bahn und Flugzeug auf europäischer Ebene. Große Teile des innereuropäischen und innerdeutschen Flugverkehrs müssen auf die Schiene verlagert werden. Die Flughäfen können miteinander kooperieren, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu maximieren.

Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht krank. Das belegen eindeutig Studien aus der Lärmwirkungsforschung. Geht die rasante Steigerung der Flugbewegungen so weiter, wird der Luftverkehr in einigen Jahren zu dem Klimakiller Nummer eins sein.

Unbestreitbar ist, dass der Flughafen Rhein-Main eine enorme wirtschaftliche Bedeutung hat. Doch der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für Mensch und Natur muss eine Grenze gezogen werden. Zudem sind die Aussagen von Flughafenbetreiber wie Landesregierung nicht glaubwürdig: Die Arbeitsplatzprognosen über die „Jobmaschine Flughafen“ haben sich als völlig unhaltbar erwiesen. Unsere Ziele bleiben ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, die Begrenzung der Flugbewegungen, die Verringerung der Belastungen durch Fluglärm und Luftverschmutzung und die Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert von der zukünftigen Kreispolitik:

- eine weiterhin offensive, auf den Kampf gegen Fluglärm ausgerichtete, Öffentlichkeitsarbeit;

- eine offensive, am Gesundheitsschutz der Bevölkerung orientierte Interessenvertretung des Kreises gemeinsam mit den regionalen Initiativen gegen Fluglärm und Flughafenausbau. Ziel muss ein deutlich lärmärmeres Anflugverfahren sein.

- Initiativen des Kreises und der Kreispolitiker auf Landes- und Bundesebene zur Entwicklung eines integrativen Mobilitätskonzepts, in dem auch Flugverkehr seinen angemessenen Platz hat. Lärmreduzierungen sind auch für Sportflugzeugplätze wie Langenselbold und Gelnhausen.

9. Gesundheit und Erholung für alle

Die Gesundheit der Bevölkerung muss eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben. Sie darf nicht zum Profitcenter privater Anbieter werden. Gesundheitsförderung und Prävention sollen eine zentrale Bedeutung erhalten, damit die Menschen gesünder werden, gesund bleiben oder seltener krank werden. Sport und Freizeitaktivitäten auf kommunaler Ebene erhalten so auch eine Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung.

Gesundheitsförderung im Main-Kinzig-Kreis

Die anhaltende unzureichende hausärztliche Versorgung in vielen Orten des Kreises muss dauerhaft gestärkt werden. Bereits heute lässt sich feststellen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche Hausärzte*innen in den Ruhestand gehen und die Nachbesetzung, gerade von Einzelpraxen, kaum zu realisieren sein wird.

Die Linke fordert deshalb:

1. den Auf- und Ausbau von interdisziplinären Gesundheitszentren.

2. Ärzt*innen eine Niederlassung auf dem Land attraktiv zu gestalten. Dazu gehört eine gute Anbindung an den ÖPNV, die Sicherstellung der Kinderbetreuung, der Arbeitsplatz für den Partner/die Partnerin u.v.m.

3. den Einsatz für mehr Medizinstudienplätze.

Dort, wo auf kommunaler Ebene Einflussmöglichkeiten bestehen, sollten diese auch genutzt werden – sei es in der Förderung von Vereinen, sei es im Erhalt öffentlicher Schwimmbäder. Mit dem Ausstieg des Main-Kreises aus den Hallenbadzweckverbänden hat der Kreis Gelnhausen, Gründau, Linsengericht und Freigericht mit deren Kosten für die Sanierung und den Betrieb ihrer Hallenbäder alleine gelassen. Die Zustimmung zum Ausstieg des Kreises aus dem Zweckverband bedeutet, dass Bäder vielleicht sogar irgendwann schließen müssen. Inzwischen beklagen dieselben Politiker, die den Ausstieg beschlossen haben, die Finanzlage der Bäder in ihrer Kommune. Die LINKE hatte gegen den Ausstieg aus den Zweckverbänden gestimmt und eine neue Finanzierungsvereinbarung mit dem Kreis gefordert, die den Erhalt der Bäder sichert. Mit dem Ausstieg des Main-Kinzig-Kreises aus den Hallenbadzweckverbänden „Mittleres Kinzigtal“ und Platsch gibt der Kreis in der Tat eine Bankrotterklärung ab und trifft eine Entscheidung gegen die Bürgerinnen und Bürger, gegen die Vereine und gegen die Schülerinnen und Schüler.

Ob das Fortbestehen der Hallenbäder in Zukunft möglich sein wird und ob die Benutzung noch zu einem moderaten Preis möglich sein wird, ist ohne die Beteiligung des Main-Kinzig-Kreises sehr fraglich. Die LINKE. Main-Kinzig lehnt es ab, dass die Städte und Gemeinden, wenn sie die Kosten nicht mehr tragen können, auf sogenannte PPP-Modelle verfallen, bei denen private Investoren einsteigen und die Bäder zu reinen Spaßbädern umgestalteten. Ergebnis ist in solchen Fällen, dass der Schul- und Vereinssport nicht mehr stattfinden könnte und die Eintrittspreise exorbitant stiegen.

Unsere Forderungen:

● Unterstützung und Förderung von Vereinen und Zweckverbänden, die der gesundheitlichen Prävention dienen.

● Ausbau und Neubau moderner Trimm-Dich Pfade, um den Bürgerinnen und Bürgern eine kostenlose Alternative zu kommerziellen Sportanbietern zur Verfügung zu stellen.

● Ausbau und Erhalt des Rad- und Wanderwegnetzes. Dies ist fördert auch den Tourismus.

● Kostenlose Schwimmbadnutzung für Kinder bis einschl. 12 Jahre sowie Sozialtarife für Schüler, Arbeitslose, Rentner, Menschen mit Behinderung u. a.

● Zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen im Main-Kinzig-Kreis gehört, dass zur Beendigung der durch Personalmangel bedingten regelmäßigen Überstunden in den Main-Kinzig-Kliniken der Aufsichtsrat der Kliniken seiner vertraglichen Fürsorgepflicht für die Beschäftigten nachkommt und die Stellen dem tatsächlichen Bedarf anpasst.

10. Wohnen ist Menschenrecht

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss für alle Menschen erschwinglich sein. Kommunale Wohnungsgesellschaften gehören zur Daseinsvorsorge und sind nach wie vor unabdingbar für die Versorgung von Menschen mit niedrigem Einkommen mit Wohnraum. Nur mit einem ausreichenden kommunalen Wohnungsbestand kann sichergestellt werden, dass auch Obdachlosen, Flüchtlingen usw. gute Wohnungen angeboten werden können. Experten gehen darüber hinaus davon aus, dass eine Kommune 10 bis 15 % des örtlichen Wohnungsbestandes haben muss, um spürbaren Einfluss auf das allgemeine Mietpreisniveau und die Stadtgestaltung nehmen zu können. Von solchen Anteilen entfernt sich die kommunale Wohnungspolitik im Main-Kinzig-Kreis immer mehr.

DIE LINKE. Main-Kinzig tritt dafür ein, dass kommunale Wohnungsbauunternehmen wieder stärker als bisher die Aufgabe wahrnehmen, beispielhafte Projekte zur Verbesserung der Qualität des Wohnungsbestandes zu entwickeln. Dazu gehören die Zusammenlegung kleinerer Wohnungen zu größeren entsprechend dem Bedarf, der Anbau von Balkonen und die energetische Sanierung. Die energetische Sanierung ist gerade für Mieter mit niedrigen Einkommen wichtig, damit die Mietnebenkosten nicht ins Uferlose steigen.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert, dass

● die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften nicht veräußert werden und mit den Mieterinnen und Mietern in Mieterbeiräten eine transparente Geschäftspolitik entwickeln,

● **der Kreis eine eigene Wohnungsbaugesellschaft ins Leben ruft, die preisgünstigen Wohnraum und Sozialwohnungen bauen lässt und dafür Grundstücke erwirbt oder kreiseigene nutzt,**

● die Zusammenarbeit der Hilfseinrichtungen gegen Wohnungslosigkeit noch besser mit den Wohnungsunternehmen vernetzt wird,

● genossenschaftliches Wohnen, Wohnprojekte für ältere Menschen und Mehrgenerationenhäuser gefördert werden – auch für Menschen mit niedrigen Einkommen oder im Hartz-IV-Bezug –,

● neue, innovative Wohnformen wie das Mehrgenerationenhaus oder genossenschaftliches Wohnen gefördert werden sowie

● dass überall im Main-Kinzig-Kreis ein qualifizierter und aktueller Mietspiegel erstellt wird. Dabei sind stärker als bisher Mietervereine zu berücksichtigen.

11. Mehr Beteiligung – mehr Mitentscheidung – mehr Demokratie

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, sich mehr an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Politik muss transparent und verstehbar für alle sein. Mehr Demokratie auch auf Kreisebene ist möglich.

Wir werden uns dafür stark machen, mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld gemeinsam mit der Öffentlichkeit zu entwickeln, zu beraten und zu entscheiden. Wir wollen die schrittweise Einführung eines Bürgerhaushaltes, in dem die Bürger ihre Vorstellungen zur Ausrichtung der Haushaltspolitik gemeinsam erarbeiten und gegenüber der Politik und der Verwaltung zum Ausdruck bringen können.

Wir wollen für Jugendliche die Möglichkeit schaffen, sich auf Kreisebene stärker politisch einzubringen. Dafür sollen neue, auch webbasierte, Beteiligungsformen ausprobiert und ein Kreisjugendparlament geschaffen werden.

12. Lebenswerte Umwelt für alle

Auch für die Einwohner des Main-Kinzig-Kreises sind die negativen Auswirkungen der menschengemachten Veränderungen im „System“ Umwelt spürbar. Der Klimawandel zwingt auch den Main-Kinzig-Kreis zu tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeits- und Lebensweise.

DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich für eine nachhaltige Umweltpolitik ein. Wir überprüfen jede Entscheidung auf ihre Umweltverträglichkeit – insbesondere auf ihre Folgewirkungen für die Menschen, unsere natürlichen Ressourcen und die Ökologie unserer Lebensräume. Für uns kommt der Mensch und eine intakte Natur vor dem Profit einiger weniger. Der Ausbau erneuerbarer Energien und des ÖPNVs, eine ressourcenschonende Produktion sowie die

Entsiegelungen von Brachflächen stehen für uns im Mittelpunkt ökologischer Politik. Wir arbeiten dabei eng mit den Natur- und Umweltverbänden sowie den Bürgerinitiativen vor Ort zusammen.

Umdenken in der Abfallentsorgung

Der Main-Kinzig-Kreis muss beim Abfall umdenken. Seit einigen Jahren gibt es die neuen Abfallentsorgungsverfahren der nassen und trockenen Tonne. Wir wollen diese Verfahren auch im Main-Kinzig-Kreis umsetzen: Alle Abfälle werden dabei weiterhin getrennt und die Altpapier- und Altglassammlungen bleiben bestehen. Jedoch gibt es die trockene Tonne, in der alle stofflich verwertbaren Restabfallbestandteile (z. B. Kunststoffe, Plastik-Verbundstoffe, Metalle, Holz, Aluminium, Weißblech) gesammelt werden. Diese gemeinsam gesammelten trockenen Abfälle können besser als im bisherigen Verfahren recycelt werden. Die verbleibenden Restabfälle (z. B. Hygieneartikel, Speisereste und organischen Abfälle aus der Biotonne) kommen in die nasse Tonne. Diese nassen Abfälle können durch die Vergärung zur Wärme- und Stromproduktion in Biogasanlagen verwendet werden. Insgesamt kann so eine umweltgerechte Abfallentsorgung mit neu entstandenen Arbeitsplätzen und zusätzlichen Einnahmen entstehen.

Für eine regionale und „saubere“ Energiegewinnung

Wir werden uns dafür einsetzen, dass vor jeder Baumaßnahme geprüft wird, ob und inwieweit saubere und nachhaltige Formen der Energiegewinnung eingesetzt werden können. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Erdwärmepumpen mit Luftwärmetauscher, auf Solarzellen und Photovoltaik sowie auf regionalen Energiequellen (Holz, Biogas). Die Technik z.B. der Biogasanlagen ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass auch Grünabfälle zur Energiegewinnung eingesetzt werden können – und dies fast ohne Geruchsbelästigungen. Der Main-Kinzig-Kreis soll verstärkt in die Eigenproduktion von regenerativer Energie einsteigen. Wir unterstützen auch Projekte, in denen sich Menschen zusammenschließen und ihre Energiegewinnung gemeinschaftlich organisieren.

Windkraftanlagen sind keine Monster. Natürlich dürfen Windräder nicht in Naturschutzgebieten gebaut werden oder die Flora und Fauna stark beeinträchtigen. Auch eventuelle Bedenken der Bevölkerung wegen eventueller Lärmbelastung und der Landschaftsverschandelung müssen ernst genommen werden und in transparenten Verfahren diskutiert und entschieden werden. Und nicht immer muss dabei herauskommen, dass eine Windkraftanlage gebaut wird. Grundsätzlich aber stehen wir dem Ausbau der Windenergie positiv gegenüber.

Sauberes Wasser als Grundlage des Lebens

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibt den Schutz für Flüsse, Seen und Grundwasser vor.

Wir fordern

- die Überprüfung und eventuelle Sanierung von Gewässern und der Schutz des Grundwassers,
- die Überprüfung der Effizienz der Kläranlagen der Gemeinden,
- die schrittweise Beendigung des Leerpumpens des Grundwassers der Spessart- und für die Ballungsräume,
- ein systematisches und über Appelle und Informationsbroschüren hinausgehendes Wassersparen als eine der zentralen Aufgaben von Investitionen.

Lärm macht krank

Da das Ohr nie schläft, gehören durch Lärm verursachte Krankheiten (insbesondere

Bluthochdruck, Herz- und Kreislauferkrankungen) zu den häufigsten Krankheiten. Nicht nur der Fluglärm ist ein Problem. DIE LINKE. Main-Kinzig fordert deshalb:

● die detaillierte Prüfung aller Ausbaumaßnahmen im Straßenverkehr, der Lärmquelle Nummer eins, auf ihre Lärmfolgen. Neben Lärmschutzwänden sind auch Tempolimits denkbar.

● eine Reduzierung auch des Lärms von Zügen. Der MKK muss hier gemeinsam mit den Kreisgemeinden Lärmminderungspläne und umsetzen, um aktiv gegen Lärm vorzugehen.

Ökologischer Landbau und Bioprodukte statt Gentechnik

Wir wenden uns klar gegen den Anbau von genmanipulierten Pflanzen. Gentechnik ist auf Dauer nicht beherrschbar. Die Auswirkungen auf andere Pflanzen, Tiere und den Menschen sind unvorhersehbar. Gentechnik wird aus Profitgier betrieben, obwohl wir sie für die Nahrungsproduktion nicht brauchen.

Wir stehen für den Vorrang des biologischen Anbaus und die Förderung biologischer Produkte. Wir fordern:

● die aktive Förderung und öffentlichkeitswirksame Unterstützung des biologischen Landbaus einschließlich der Tierhaltung und der Pflanzenzucht nach den Regeln der anerkannten einschlägigen Verbände,

● in allen kreiseigenen Einrichtungen (Verwaltungen, Kindergärten, Schulen, Seniorenwohnheim und Krankenhäuser) Essen aus kontrolliert biologischem Anbau möglichst aus der Region.

Natur- und Tierschutz

Im Main-Kinzig-Kreis setzt sich DIE LINKE. für die Sicherung schützenswerter Lebensräume und die Erhaltung der charakteristischen Merkmale des Lebensraumes rund um die Kinzig mit den Ausläufern des Vogelberges, Spessarts und der westlichen Rhön ein.

Ein umfassender Schutz der einheimischen Tier- und Pflanzenarten soll die biologische Vielfalt nachhaltig sichern und verbessern. Die stark angewachsene Population von Waschbären beispielsweise, einer eigentlich in Nordamerika beheimateten Tierart, wirkt sich bereits heute durch die Zerstörung vieler Gelege auf den Vogelnachwuchs im Kreis aus.

Die ausgedehnten Wälder im Kreisgebiet sind nicht nur ein Erholungsort für Menschen und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern übernehmen viele Schutzfunktionen für Klima, Wasserhaushalt und Luftreinheit.

Wir fordern:

● nachhaltige Konzepte zum Schutz der einheimischen Tier- und Pflanzenarten vor der Verbreitung gebietsfremder Pflanzen -und Tierarten

● die weitere Entwicklung des Biotopverbundnetzes im Kreis

● feste Zuschüsse für ortsansässigen Natur- und Tierschutzvereine, Unterstützung für Tierheime

● weitere Aufwertung ausgeräumter Landschaften mit naturraumtypischen Bestandteilen (Streuobstwiesen)

● die Förderung und Unterstützung des sanften Tourismus

● weitere Aufforstungen in den Wäldern des Kreises nach den Kriterien der Nachhaltigkeit

● bessere Maßnahmen auf den Straßen zum Schutz vor Wildunfällen

● Öffentliche Taubenschläge in den Innenstädten, Kastrationsgebot für freilaufende / wilde Katzen

● Keine Zirkusgastspiele mit Wildtieren

● für die Hundezucht und -haltung: Anpassung der gesetzlichen Vorgaben für die Hundezucht und den Hundehandel an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse über Hundeverhalten, Sachkundenachweis für Hundehalter, Verhinderung von unqualifizierter, unkontrollierter Hundevermehrung und skrupellosem Hundehandel

● Tiertafeln (finanzschwache Menschen müssen oft aus Finanznot ihr Tier abgeben)

● die Wildschweinpopulation tierschutzgerecht einzudämmen

● Tierfriedhöfe als Alternative zur Tierverwertungsanstalt

Energieversorgung demokratisieren

Damit die Klimaschutzziele erreicht werden können, muss die bestehende Monopolstruktur aufgebrochen und rekommunalisiert und demokratisiert werden. Die Kommunen und Kreise, die Umwelt- und Verbraucherverbände müssen dabei ebenso in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden wie die Vertreter*innen der Beschäftigen.

Zukünftige Energieversorgung muss sozial und ökologisch gestaltet werden

Immer mehr Menschen in Deutschland können sich eine angemessene Nutzung von Energie nicht mehr leisten, während die Energiekonzerne Rekordprofite einstreichen. Daher ist eine Sockelversorgung mit Strom kostenfrei zu stellen, so dass Stromverbräuche unterhalb des Durchschnittsverbrauchs deutlich kostengünstiger sind und so Anreize für einen sparsamen Umgang mit Energie schaffen. Stromsozialtarife sollen einkommensschwachen Haushalten sofort helfen. Grundsätzlich muss es auch eine Versorgungspflicht und damit ein Verbot von Stromsperren geben. Es ist Aufgabe des Staates, für alle BürgerInnen einen allgemeinen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen. Hier kann der Main-Kinzig-Kreis auf die Preisgestaltung der Kreiswerke entsprechenden Einfluss nehmen und endlich Sozialtarife anbieten.

13. Kommunalpolitik ist auch Friedenspolitik

Auch in der Kommunalpolitik soll ein wirkungsvoller Beitrag zur Friedenspolitik erbracht werden. Der von der LINKEN initiierte Aufruf des Kreises an die Kommunen im Kreis aus dem Jahr 2019, dem ICAN-Städteapell für eine atomwaffenfreie Welt beizutreten, ist hier nur ein erster Schritt.

Wir unterstützen die Stärkung internationaler und nationaler Partnerschaften und die vielfältigen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit. Damit wollen wir Standortkonkurrenzen zwischen den Kommunen minimieren und einen Beitrag zur gleichwertigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Region gegen Wirtschafts- und Sozialabbau leisten.

Für uns sind Frieden, Antifaschismus und Antirassismus kommunalpolitische Grundwerte. Wir setzen uns dafür ein, dass Denkmale, Gedenkstätten und „Stolpersteine“ im öffentlichen Raum genutzt werden, um einen breiten antifaschistischen Dialog zu führen und zu befördern.

DIE LINKE unterstützt lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus und gegen Ausländerfeindlichkeit. Der menschenverachtenden Ideologie rechtsextremer Parteien und so genannter nationaler Bewegungen stellen wir Zivilcourage und entschlossenes Handeln entgegen. Zudem setzen wir uns für die Stärkung demokratischer Strukturen der Zivilgesellschaft ein. Denn der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für uns auch ein Ringen um bürgernahe Politik.

Kommunale Anstrengungen für eine humane Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik, für fairen Handel mit der „Dritten Welt“, für gerechte Beziehungen zwischen den Staaten, aber auch für

entsprechende kommunale Partnerschaften müssen eine feste Größe werden. Dazu gehört, dass die kommunalen Behörden alle Handlungsspielräume zugunsten der Betroffenen ausschöpfen.

Weil nur die Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommune Flüchtlinge vor Übergriffen durch Rechtsradikale und vor staatlicher Abschiebung schützen kann, unterstützt DIE LINKE die Arbeit von Nachbarschaftsinitiativen und lokalen Asyl- Freundeskreisen.

Kommunale Friedensarbeit verwirklichen – gegen völkerrechtswidrige Kriege

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker entscheiden nicht über die Beteiligung an einem Krieg. Kommunalpolitik aber kann friedensfördernd wirken und den Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die Kriegseinsätze stärken.

DIE LINKE im Main-Kinzig-Kreis beharrt darauf: Nur eine friedfertige und zivile Politik unter Maßgabe der internationalen Solidarität und Entwicklungspartnerschaft kann globale Sicherheit garantieren.

Wer den Krieg ablehnt, kann die Herstellung und das Geschäft mit Waffen nicht davon ausnehmen. Wir wissen aber auch: Die Beschäftigten in diesen Betrieben arbeiten für ihr Auskommen, nicht für den Krieg. Wir treten daher dafür ein, dass der Main-Kinzig-Kreis seine Bedeutung als Standort der Rüstungs- und Kriegsindustrie kritisch betrachtet. Der Kreis soll mit Projekten und Unterstützungsleistungen die Chancen und Möglichkeiten von Rüstungs- und Militärkonversion aufzeigen und dazu beitragen, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes im Falle von Abrüstungsschritten abzubauen. In enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wollen wir Ansprechpartner für die Beschäftigten dieser Unternehmen sein.

Aktive Friedensarbeit heißt für DIE LINKE auch, entsprechende Bildungsaktivitäten, Erinnerungskulturen und die Bewusstseinsbildung über globale Zusammenhänge zu fördern und durch öffentliche Mittel zu unterstützen. Wir bleiben dabei: Krieg ist die *Ultima Irratio* – die ultimative Unvernunft, und muss für alle Zeiten geächtet werden.

14. Frauenrechte und Familien stärken

Frauen verdienen in Deutschland bei gleichwertiger Arbeit immer noch 19 Prozent weniger als Männer. Ob Ein-Euro-Job, Minijob, Leiharbeit oder Teilzeit – fast jede dritte erwerbstätige Frau arbeitet im Niedriglohnsektor. Altersarmut ist für viele vorprogrammiert. Auch im öffentlichen Dienst finden sich Frauen vor allem dort, wo generell weniger verdient wird. DIE LINKE will für Frauen und Männer in unterschiedlichen Berufen des Öffentlichen Dienstes gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, wie es der Europäische Gerichtshof verlangt. Das gilt vor allem für die sozialen und erzieherischen Berufe. Um diesen Anspruch umsetzen zu können, müssen Kriterien für die Gleichwertigkeit von Tätigkeiten erarbeitet werden.

Städtische Aufträge dürfen nur solche Firmen erhalten, die Frauen fördern, nach Tarif bezahlen und kein Lohndumping betreiben. Frauen brauchen nach der Arbeitslosigkeit oder nach Kindererziehungszeiten eine Berufsperspektive. Hierfür müssen die Kommunen verstärkt Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds der Bundes- und Landesregierung für ihre Umschulung und Weiterbildung nutzen.

Frauen vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet und spielt sich oft im Verborgenen ab. Gerade Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sind in dem in besonderem Maße ausgesetzt. Die Kommunen im Main-Kinzig-Kreis müssen Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form schützen. Deshalb müssen sie die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch sowie

Beratungsstellen und Frauenzentren erhalten und ausbauen. Vor allem Projekte für Migrantinnen müssen verstärkt gefördert werden.

Frauen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind, brauchen Zufluchtsorte. Der Main-Kinzig-Kreis muss deshalb die Frauenhäuser in Wächtersbach und in Hanau erhalten und ausbauen. Um die Frauenhäuser nachhaltig zu sichern, muss der Kreisausschuss im Kreistag ein langfristiges Finanzierungskonzept erstellen. Das ermöglicht Planungssicherheit auch über einen längeren Zeitraum. Ferner fordern wir den Kreisausschuss auf, sich auf der Landesebene dafür einzusetzen, dass der Schutz vor Gewaltopfern als Pflichtaufgabe der Länder anerkannt wird.

Hessisches Gleichstellungsgesetz konsequent umsetzen

Das Hessische Gleichstellungsgesetz (HGlG) dient dem Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verwirklichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und die Unterrepräsentanz von Frauen im öffentlichen Dienst zu beseitigen. DIE LINKE. Main-Kinzig verfolgt diese Ziele konsequent und will mit Hilfe von Frauenförderplänen die Zugangs-, Aufstiegs- und Arbeitsbedingungen für Frauen verbessern. Weiterhin müssen die Kommunen Rahmenbedingungen schaffen, die es Frauen und Männern ermöglicht, Erwerbstätigkeit und Familienarbeit zu vereinbaren. DIE LINKE unterstützt die Frauenbeauftragten im Main-Kinzig-Kreis bei ihrer Arbeit, die auf dem HGlG basiert.

Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

Eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erfordert eine Kommunalpolitik, die in allen Lebensbereichen Diskriminierung beseitigt und Frauen auf allen Ebenen den Männern sozial und ökonomisch gleichstellt. Das Frauenbüro und der Frauenbeirat des Main-Kinzig-Kreises haben nur beratende Funktion. Gleichstellungspolitik erfordert jedoch eine Vertretung von Frauen mit echter eigener Entscheidungsbefugnis. Ziel muss sein, dass alle gleichermaßen an allen vier Lebensbereichen teilnehmen können: an der Erwerbsarbeit, an der Betreuungs- und Pflegearbeit, an der kulturellen Entwicklung und am politischen Engagement. DIE LINKE wird immer ihre Stimme kritisch erheben, sollten Abstimmungen und politische Entscheidungen Frauenrechte zurückdrängen oder in Frage stellen.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert:

● Existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen. Städtische Aufträge werden nur an solche Firmen vergeben, die Frauen fördern, nach Tarif bezahlen und kein Lohndumping betreiben.

● Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Um dies umsetzen zu können, müssen Kriterien für die Gleichwertigkeit von unterschiedlichen Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst erstellt werden.

● Frauen- und familiengerechte Umgestaltung der Lebensräume in Städten und Kommunen. Die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern müssen berücksichtigt werden.

● Einen Frauenausschuss mit politischem Gewicht und eigenen Entscheidungsbefugnissen.

● Die Nutzung von Fördergeldern aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) der Bundes- und Landesregierung für die Umschulung und Weiterbildung für Frauen nach der Arbeitslosigkeit oder nach Kindererziehungszeiten.

● Die Erstellung eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die Frauenhäuser in Hanau und in Wächtersbach, um sie nachhaltig zu sichern und auszubauen.

● Den Ausbau von Beratungsstellen und Frauenzentren, verstärkte Förderung von Frauenprojekten.

● Die Anerkennung des Schutzes vor Gewaltopfern als Pflichtaufgabe der Länder. Dafür muss sich der Kreisausschuss auf Landesebene einsetzen.

● Die konsequente Umsetzung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes auf Kreisebene.

15. Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich für einen diskriminierungsfreien und solidarischen Main-Kinzig-Kreis ein, in dem Rassisten und Faschisten kein Raum geboten wird.

AfD, NPD, rechte Kameradschaften sowie rechte und rechtsextreme Organisationen breiten sich immer stärker aus. Diese Entwicklung ist eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, der durch die Verschärfung der sozialen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern gekennzeichnet ist, woraus Handlungsmuster erwachsen, die auf Ausgrenzung, Irrationalismus und auf autoritären Politikkonzepten basieren.

Weil Rechtsextremismus immer auch das Ziel der Behinderung und Ausschaltung emanzipatorischer Bewegungen bis hin zu deren physischen Vernichtung verfolgt, ist er eine existenzielle Bedrohung für alle emanzipatorische, fortschrittliche und linke Bewegungen.

Rechtsextremismus und Rassismus sind auch im Main-Kinzig-Kreis präsent und werden durch Republikaner, NPD, der AfD und der so genannten Pegida-Bewegung und von vielen in der „Querdenkerbewegung“ öffentlichkeitswirksam vertreten. Es ist bisher im Main-Kinzig-Kreis gelungen, diesen Kräften Einhalt zu gebieten – auch durch das meist konsequente Auftreten der demokratischen Parteien. Nach ständiger Zunahme von Provokationen von rechts, etwa bei der Störung von Veranstaltungen wie dem jährlichen Ostermarsch in Bruchköbel oder den Veranstaltungen zum 1. Mai ist es innerhalb eines Jahres gleich zu zwei Attentaten im Main-Kinzig-Kreis gekommen. Das rassistische Attentat am 22.07.2019 in Wächtersbach und die neun rassistischen Morde in Hanau am 19.02.2021. Zudem sind zahlreiche weitere Übergriffe zu beklagen. Das Gerede von Einzelfällen und Einzeltätern muss endlich aufhören, denn das ist schon lange eine üble Verharmlosung. Die Täter sind oftmals in rechte Netzwerke eingebunden, sie fühlen sich bestärkt von einer migrationsfeindlichen Stimmung, die in den letzten Jahren nicht nur von Rechtsaußen befeuert wurde. Dieser Entwicklung müssen alle Demokratinnen und Demokraten gemeinsam entgegentreten, um rechte Netzwerke aufzudecken, zu bekämpfen und zu zerschlagen.

DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich entschieden gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein. Wir setzen auf eine Zusammenarbeit mit den Initiativen im Kreis, die antifaschistische Aufklärungsarbeit betreiben und fördern diese auf vielfältigen Ebenen. Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund und fördern den kulturellen Dialog, um Vorurteilen entgegen zu wirken und Misstrauen abzubauen. In diesem Bereich wird in unserem Kreis von vielen Menschen mit viel Engagement gearbeitet. Hier wollen wir als Ansprechpartner unterstützend zur Seite stehen.

Jegliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus müssen unter ordnungsrechtlichen, polizeilichen und juristischen Aspekten betrachtet und als Problem regionaler Entwicklung wahrgenommen und konsequent verfolgt werden. Langfristig müssen sich die Kommunen zu Orten der interkulturellen Integration, Partizipation und Kommunikation entwickeln. In den Kreisen und Städten fordern wir Migrant*innenbeiräte und Ausländerbeauftragte als Interessenvertretung. Zur Integration gehören auch Maßnahmen wie unentgeltliche Sprachkurse für Erwachsene und Kinder. Auch jugendliche Migrantinnen und Migranten müssen einen Ausbildungsplatz erhalten.

DIE LINKE. Main-Kinzig ist für eine intensive Informations- und Aufklärungsarbeit zu rechten Gruppierungen und ihren Zielen, vor allem an den Schulen. Sie strebt auch in den Kommunen ausdrücklich eine enge, gleichberechtigte und wirkungsvolle Zusammenarbeit aller demokratisch gesinnter Antifaschistinnen/Antifaschisten an und ruft sie zum konsequenten Widerstand gegen den alten und neuen Ungeist des Faschismus auf. Die Kommune ist eine der Ebenen, auf der der Rechtsextremismus kompromisslos und wirkungsvoll bekämpft werden muss.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert für eine Politik gegen Rechtsextremismus, dass:

● der Kreis und die Kommunen sich auch weiterhin gegen rechtsextreme Aktionen und Demonstrationen wenden;

● in den Kommunen Bündnisse und Aktionen gegen Rechtsextremismus und Rassismus politisch, organisatorisch und finanziell unterstützt werden;

● sich der Kreistag für Landesprogramme gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzt, um Kommunen, Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung von Gewalt und Intoleranz einsetzen, wirksam zu unterstützen;

● der Kreis und die Kommunen gegen rechtsradikale Propaganda ordnungsrechtlich und gerichtlich vorgehen;

● der Kreistag für ein Verbot aller faschistischen und rassistischen Organisationen eintritt;

● eine zentrale antifaschistische Informations- und Bildungsstelle im Main-Kinzig-Kreis geschaffen wird sowie

● eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und Migrant*innenpolitik im Kreis und in den Kommunen betrieben wird.

16. Migrations- und Flüchtlingspolitik

Nach mehr als 50 Jahren Migrationsgeschichte müssen wir feststellen, dass in der bundesdeutschen Realität viele Migrantinnen und Migranten in ihrer Umgebung isoliert, in der Arbeitswelt mit niederen Tätigkeiten betraut und vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen sind. Das ist die Folge einer verkehrten und realitätsverleugnenden Politik.

Soziale Probleme nicht ethnisieren

Ziel linker Integrationspolitik ist es, allen Migrantinnen und Migranten die Teilhabe am kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Integration ist ein unverzichtbarer Teil einer fortschrittlichen Migrationspolitik, damit alle hier lebenden Menschen gleichberechtigt am kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deshalb fordert DIE LINKE auch ein Wahlrecht für alle in Deutschland Lebenden mindestens auf kommunaler Ebene.

Der Kreis braucht eine offene Integrationspolitik, die auf Ausgrenzung verzichtet und die Lage der Migrantinnen und Migranten umfassend verbessert. Was wir nicht brauchen, ist eine Politik, die Migration immer stärker nach Kriterien der „Nützlichkeit“ organisiert. DIE LINKE. Main-Kinzig will sich dafür einsetzen, dass

● eine Stadtteil- und Wohnungspolitik unterstützt wird, die das Ziel der Integration und der Achtung kultureller Identität von Migrantinnen und Migranten hat. Entsprechende Initiativen aus der Gesellschaft verdienen besondere Unterstützung;

● Grund- und weiterführende Schulen als Ganztagsschulen in gebundener Form geführt werden;

● Kindergärten und Kinderkrippen ausreichend kostenfreie Ganztagsplätze anbieten;

● konkrete unterstützende Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten in den Bereichen Schule, Ausbildung und Beruf sowie zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung ergriffen werden;

● die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und berufliche Erfahrungen anerkannt werden sowie

● insgesamt eine offene Migrations- und Integrationspolitik betrieben wird.

17. Touristische Potenziale besser nutzen

Der Tourismus ein wichtiges Standbein der Wirtschaft im Main-Kinzig-Kreis. Obwohl der Tourismus einen entscheidenden Beitrag zur Wertschöpfung im Kreis leistet, zahlreiche Arbeitsplätze sichert und schafft, erhält er im wirtschaftspolitischen Handeln noch zu wenig Aufmerksamkeit. Im Tourismus besteht die große Chance, durch eine Verzahnung von aktiver Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Bei der Tourismuskonzeption müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale Anforderungen stärker berücksichtigt werden. Es kann nicht nur um mehr Öffentlichkeitsarbeit gehen. Auch die Inhalte müssen sich ändern.

Reiseziel Main-Kinzig-Kreis

Zur besseren Nutzung der vorhandenen touristischen Potentiale setzen wir uns konkret dafür ein:

● zumindest eine zweisprachige Website des Kreises zu erstellen;

● dass der Kreis angesichts der zunehmend komplexer werdenden Regelungen und Bestimmungen sowie der hohen Kosten einer Umrüstung auf Barrierefreiheit umfassende Zusammenarbeit und Informationen anbietet und entsprechende Investitionsmaßnahmen fördert;

● dass Kinder- und Jugendreisen durch einen „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus“ gezielter unterstützt werden;

● dass sich der Main-Kinzig-Kreis als besonders preiswert, familien- und kinderfreundlich profiliert und deshalb auch die Angebotsgestaltung für künftig wichtiger werdende Zielgruppen wie Alleinerziehende mit Kindern, mit Kindern reisende Großeltern etc. gefördert wird;

● dass ein Konzept für eine deutlich engere und qualitativ bessere Verzahnung mit den Schulen der Region und landesweit für Schul- und Klassenfahrten sowie für Ausflugsprogramme speziell für Frankfurter Kinder und Jugendliche erarbeitet wird;

● ein Radtourenkonzept gemeinsam mit dem ADFC (Ausflugstouren für Frankfurter) zu entwickeln, Radwanderrastplätze an ausgewiesenen Routen einzurichten sowie die wichtigsten Radwege regelmäßiger Bewertung und Kontrolle mittels Checkliste zu unterwerfen;

● dass spezifische Angebote für allein reisende ältere Menschen entwickelt werden (keine Zuschläge für Einzelzimmernutzung, Gemeinschaftsaktivitäten, Abholung von der Bahn usw.);

● eine Optimierung der Vermarktung der Angebote für 50+ umzusetzen (zielgruppenorientierte Printmedien, optimierte Internetdarstellungen usw.) und einen entsprechenden Service- und Weiterbildungsaktionsplan für die Leistungsanbieter und das Servicepersonal zu initiieren;

18. Für eine realistische und humane Drogenpolitik im Kreis

Sucht ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Die Entstehung von Suchtverhaltens ist von individuellen Faktoren, dem sozialen Umfeld des Menschen und dem Suchtmittel abhängig. Allgemein müssen gesamtgesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es allen Menschen ermöglichen, persönliche Belastungen besser bewältigen zu können.

Hierzu gehören neben der Entwicklung der eigenen Lebenskompetenz gute soziokulturelle Bedingungen und die Einbindung in soziale Netze. Dann wird es auch weniger Suchtverhalten geben.

Die konkrete Drogen- und Suchtpolitik hat aus Sicht der LINKEN immer zwei miteinander verschränkte Ziele:

1. Umfassende und sachliche Prävention und Aufklärung, eingerahmt von entsprechenden rechtlichen Regulierungen, z.B. Altersbeschränkung bei Alkoholkonsum etc.

Prävention beginnt bereits in der Gestaltung gesunder Lebensbedingungen, in der Unterstützung der Entwicklung einer individuellen Lebenskompetenz durch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Auf Risikogruppen muss gezielt und individuell zugegangen werden, um Entwicklungen hin zur Abhängigkeit abzuwenden und Risiken zu reduzieren. Neben der Aufklärung kommt hier auch der Reflexion bereits bestehenden Konsum- und Missbrauchsverhaltens eine große Rolle zu. Für ehemals Abhängige müssen gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, die dazu beitragen, Rückfälle in ein Missbrauchs- und Suchtverhalten zu vermeiden.

2. Eine Drogen- und Suchtpolitik, die sich mit den aktuell Abhängigen befasst, ihre Situation verbessert und Angebote zum Ausstieg vorhält statt die Abhängigen zu kriminalisieren – mit erheblichen negativen Folgen für die Gesellschaft, z.B. Beschaffungskriminalität.